Stand: 17.11.2026 01:53:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4727

"Zeitenwende in der Inneren Sicherheit"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4727 vom 29.01.2025
2. Beschluss des Plenums 19/4749 vom 30.01.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 40 vom 30.01.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 29.01.2025 **Drucksache** 19/**4727**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Peter Wachler** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Zeitenwende in der Inneren Sicherheit

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass angesichts der sich schnell verändernden Strukturen im digitalen Raum, verschiedener globaler Konfliktherde und neuer Bedrohungen durch ausländische staatliche und nichtstaatliche Akteure auf Bundesebene eine echte Zeitenwende auch in den Strukturen der Inneren Sicherheit notwendig ist.

Der Landtag stellt fest, dass der Freistaat als Land von Sicherheit und Ordnung Vorreiter in Deutschland ist. Der Freistaat investiert seit vielen Jahren laufend in die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger, auch indem die Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen kontinuierlich ausgebaut, gestärkt und mit modernsten Mitteln ausgestattet werden.

Der Landtag bekräftigt und unterstützt diesen bayerischen Weg der inneren Sicherheit.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bund darauf hinzuwirken, dass dort auch in der Inneren Sicherheit notwendige Verbesserungen auf den Weg gebracht werden.

Dazu zählen:

– Effektive Instrumente zur Kriminalitätsbekämpfung:
  Deutschlands Sicherheitsbehörden sollen nicht mehr, aber auch nicht weniger dürfen, als viele andere demokratische Rechtsstaaten in der EU (etwa Schweden, Frankreich). Das heißt: Die Speicherung von Verkehrsdaten im Internet muss endlich sinnvoll geregelt werden, bestehende rechtliche Spielräume müssen genutzt werden. Der biometrische Gesichtsabgleich im Internet, die Nutzung von biometrischer Gesichtserkennung im öffentlichen Raum in Echtzeit sowie verfahrensübergreifende automatisierte Recherchen und Analyse von Daten, insgesamt die offensive Nutzung modernster technischer Mittel und auch von KI müssen ermöglicht werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

– Migration reduzieren und ordnen:
Die irreguläre Migration nach Deutschland muss gestoppt, Grenzen für irreguläre Migration und Personen ohne gültige Einreisedokumente geschlossen und Zurückweisungen an den Grenzen ermöglicht werden. Das Asyl- und Schutzrecht muss dazu auf allen Ebenen angepasst werden, insbesondere mit Blick auf den individuellen Rechtsanspruchscharakter und das Konzept des subsidiären Schutzes nach europäischem Recht. Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten muss unter Beachtung des Völkerrechts ausgesetzt, freiwillige Bundesaufnahmeprogramme müssen beendet werden. Zur Zusage an Hilfskräfte, die die Bundeswehr unmittelbar unterstützt haben, steht der Landtag weiterhin. Personen ohne Bleibeperspektive müssen konsequent zurückgeführt, die Zahl der Abschiebungen spürbar erhöht werden. Strengere Regeln für Ausreisepflichtige sind notwendig, etwa mit Blick auf den tatsächlichen Aufenthalt in einer zugewiesenen Einrichtung, wie in Dänemark schon länger praktiziert. Dazu gehört auch die Errichtung zentraler Bundesausreisezentren, vor allem an deutschen Großflughäfen. Vor allem für straffällig gewordene Ausländer müssen die Möglichkeiten des Ausreisegewahrsams deutlich erweitert werden.

– Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden stärken:
Der Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden untereinander, aber auch mit anderen Behörden (Ausländerbehörde, Gesundheitsamt u. ä.) innerhalb Deutschlands und mit ausländischen Staaten muss signifikant verbessert werden. Vor allem müssen reibungslose Übermittlungen ermöglicht werden. Datenschutz in Deutschland darf nicht zum Täterschutz werden. Das verfassungsrechtliche Gebot muss „informationelle Kooperation“ und nicht „informationelle Trennung“ lauten. Um schwere Straftaten zu verhindern, sollen die bestehenden Informationswege optimiert sowie ein bundesweites Gefährderregister bedarfsorientiert als zusätzliches Werkzeug aufgebaut werden.

– Reaktionsschnelligkeit erhöhen:
Bei der Kriminalitätsbekämpfung geht es neben Präzision auch und vor allem um Schnelligkeit. Bürokratische Hürden für die Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste müssen minimiert werden, das Prinzip „Vertrauen“ in die Arbeit der Behörden muss gestärkt werden. Kontrollmechanismen müssen stärker an einer wirksamen Verlaufskontrolle ausgerichtet werden.

– Nationale Koordinierung der Sicherheitspolitik verbessern:
Es bedarf der Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats im Bundeskanzleramt, der die wesentlichen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Handels-, Europa- und Entwicklungspolitik koordiniert und Erkenntnisse zusammenführt. Es bedarf zudem die Einrichtung eines Koordinators für die Nachrichtendienste, denn nachrichtendienstliche Bewertungen müssen eine viel stärkere Rolle in der Außen- und Innen-Sicherheitspolitik als auch in der Handelspolitik einnehmen.

– Aktive Cybersicherheitspolitik:
Um Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und die Infrastruktur vor Cyberangriffen zu schützen, muss die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) der Systeme verbessert und die Cybersicherheitsarchitekturen bedarfsgerecht fortentwickelt werden. Das betrifft insbesondere die weitere Stärkung der Resilienz kritischer Infrastrukturen (KRITIS, NIS-2-Richtlinie), ohne die betroffene Wirtschaft finanziell oder bürokratisch unangemessen zusätzlich zu belasten. Dazu gehört zum Beispiel weiterhin die Standardisierung und Automatisierung des Cybersicherheits-Lagebildes sowie die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Akteure über Ressort- und Landesgrenzen hinweg im Sinne eines föderalen Cybersicherheitsmanagements. Zudem bedarf es der Definition und des Ausschlusses nicht vertrauenswürdiger Produkte bis hin zur Entwicklung schlagkräftiger Instrumente zur Verfolgung und Ausschaltung von Angreifern.

– Soziale Medien vor Instrumentalisierung schützen:
Die sozialen Medien sind Teil des öffentlichen Raumes. Dort gilt es, gegen strafbares Verhalten, gezielte Desinformation und Einflussnahmeoperationen vorzugehen und die Transparenz zu verbessern. Einem Machtgefälle zwischen Plattform und Nutzer muss entgegengewirkt werden, auch damit sich die Netzwerke nicht zum reinen Propagandainstrument entwickeln. Dazu gehören Maßnahmen wie wirksame Kontrollmechanismen gegen Bots und die Anzeige, wenn jemand etwas mit seiner eigenen ID signiert hat. Es geht auch um klare Identifizierung von Werbe- und Meinungskampagnen (Deklarierung von Meinungen von Privatpersonen („Opinion“), von Aussagen von Unternehmen („Statement“) und von Werbeaussagen). Darüber hinaus soll sich jede Nutzerin und jeder Nutzer darüber informieren können, inwieweit ihr und ihm gezielt Inhalte empfohlen werden, und diese Präferenzen abändern können („Reset-Funktion“).

Begründung:

Bayern ist das sicherste Bundesland. Das ist wichtig für das Lebensgefühl der Menschen in Bayern und zugleich ein wirtschaftlicher Erfolgsfaktor. Der Freistaat investiert in die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger, beispielhaft durch die Aufstockung auf dann insgesamt rund 47 000 Stellen für alle Beschäftigten der Bayerischen Polizei bis 2028.

Die Taten von Mannheim, Solingen, Magdeburg und jetzt Aschaffenburg dürfen nicht die Normalität in Deutschland sein. Mitverantwortlich ist eine fehlgeleitete Asyl- und Einwanderungspolitik. Für die Sicherheit der Bevölkerung ist auch hier eine Wende dringend erforderlich. Gesetzliche Regelungen sind dazu in Deutschland, aber auch auf europäischer Ebene anzupassen, soweit dies zur Umsetzung konsequenter Maßnahmen zur Reduzierung der Migration, zur Rückführung nicht bleibeberechtigter Personen und zum Schutz der Bevölkerung erforderlich ist. Die Bundesrepublik kann und muss hier den Schulterschluss mit den europäischen Partnern üben.

Der Anschlag in Magdeburg hat jüngst aufgezeigt, dass es beim Zusammenführen von Behördeninformationen über gefährliche Personen sowie bei der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, auch mit den Behörden anderer Staaten, Verbesserungsbedarf gibt. Die in den letzten Jahren erfolgte Überbetonung von Individualinteressen insbesondere beim Datenschutz sollte zugunsten der Belange der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung und damit der Interessen potenzieller Opfer und der Allgemeinheit ausgelegt werden.

Auch die Handlungsgeschwindigkeit der Sicherheitsbehörden kann weiter verbessert werden. Andere EU-Staaten sind uns hier weit voraus, weil deren Kontrollmechanismen sich mehr an einer Verlaufskontrolle orientieren, während in Deutschland der Ansatz lautet, bereits im Vorfeld einer Maßnahme jedes Risiko einer falschen Entscheidung der Behörden möglichst durch richterliche Anfangskontrollen auszuschließen. Das ist historisch bedingt gewachsen und sollte überprüft werden.

Zudem erleben wir derzeit geopolitische Konflikte, die sich aufgrund der Globalisierung direkt auf deutsche Sicherheitspolitik auswirken. Deutschland braucht ein Umdenken und ein Update in der Sicherheitspolitik. Die genannten Punkte setzen wichtige Impulse, damit Deutschland weiterhin ein sicheres Land für die hier lebenden Menschen bleibt.

Die sozialen Medien sind ein neuer öffentlicher Raum, in dem ein Sicherheitsbedürfnis besteht. Nutzer sollen sich ebenso wie auf gut ausgeleuchteten Straßen sicher bewegen können. Dazu gehört, dass sie Kenntnis darüber haben, welche Inhalte Werbung sind, dass sie ihren eigenen „Fingerabdruck“-Algorithmus kennen und diesen ggf. anpassen können. Nur der informierte Nutzer kann die Gefahren einseitiger Informationsblasen erkennen und für sich ausschließen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 30.01.2025 **Drucksache** 19/**4749**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Peter Wachler** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/**4727**

Zeitenwende in der Inneren Sicherheit

Der Landtag stellt fest, dass angesichts der sich schnell verändernden Strukturen im digitalen Raum, verschiedener globaler Konfliktherde und neuer Bedrohungen durch ausländische staatliche und nichtstaatliche Akteure auf Bundesebene eine echte Zeitenwende auch in den Strukturen der Inneren Sicherheit notwendig ist.

Der Landtag stellt fest, dass der Freistaat als Land von Sicherheit und Ordnung Vorreiter in Deutschland ist. Der Freistaat investiert seit vielen Jahren laufend in die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger, auch indem die Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen kontinuierlich ausgebaut, gestärkt und mit modernsten Mitteln ausgestattet werden.

Der Landtag bekräftigt und unterstützt diesen bayerischen Weg der Inneren Sicherheit.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bund darauf hinzuwirken, dass dort auch in der Inneren Sicherheit notwendige Verbesserungen auf den Weg gebracht werden.

Dazu zählen:

– Effektive Instrumente zur Kriminalitätsbekämpfung:
  Deutschlands Sicherheitsbehörden sollen nicht mehr, aber auch nicht weniger dürfen, als viele andere demokratische Rechtsstaaten in der EU (etwa Schweden, Frankreich). Das heißt: Die Speicherung von Verkehrsdaten im Internet muss endlich sinnvoll geregelt werden, bestehende rechtliche Spielräume müssen genutzt werden. Der biometrische Gesichtsabgleich im Internet, die Nutzung von biometrischer Gesichtserkennung im öffentlichen Raum in Echtzeit sowie verfahrensüber-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

greifende automatisierte Recherchen und Analyse von Daten, insgesamt die offensive Nutzung modernster technischer Mittel und auch von KI müssen ermöglicht werden.

– Migration reduzieren und ordnen:
Die irreguläre Migration nach Deutschland muss gestoppt, Grenzen für irreguläre Migration und Personen ohne gültige Einreisedokumente geschlossen und Zurückweisungen an den Grenzen ermöglicht werden. Das Asyl- und Schutzrecht muss dazu auf allen Ebenen angepasst werden, insbesondere mit Blick auf den individuellen Rechtsanspruchscharakter und das Konzept des subsidiären Schutzes nach europäischem Recht. Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten muss unter Beachtung des Völkerrechts ausgesetzt, freiwillige Bundesaufnahmeprogramme müssen beendet werden. Zur Zusage an Hilfskräfte, die die Bundeswehr unmittelbar unterstützt haben, steht der Landtag weiterhin. Personen ohne Bleibeperspektive müssen konsequent zurückgeführt, die Zahl der Abschiebungen spürbar erhöht werden. Strengere Regeln für Ausreisepflichtige sind notwendig, etwa mit Blick auf den tatsächlichen Aufenthalt in einer zugewiesenen Einrichtung, wie in Dänemark schon länger praktiziert. Dazu gehört auch die Errichtung zentraler Bundesausreisezentren, vor allem an deutschen Großflughäfen. Vor allem für straffällig gewordene Ausländer müssen die Möglichkeiten des Ausreisegewahrsams deutlich erweitert werden.

– Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden stärken:
Der Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden untereinander, aber auch mit anderen Behörden (Ausländerbehörde, Gesundheitsamt u. ä.) innerhalb Deutschlands und mit ausländischen Staaten muss signifikant verbessert werden. Vor allem müssen reibungslose Übermittlungen ermöglicht werden. Datenschutz in Deutschland darf nicht zum Täterschutz werden. Das verfassungsrechtliche Gebot muss „informationelle Kooperation“ und nicht „informationelle Trennung“ lauten. Um schwere Straftaten zu verhindern, sollen die bestehenden Informationswege optimiert sowie ein bundesweites Gefährderregister bedarfsorientiert als zusätzliches Werkzeug aufgebaut werden.

– Reaktionsschnelligkeit erhöhen:
Bei der Kriminalitätsbekämpfung geht es neben Präzision auch und vor allem um Schnelligkeit. Bürokratische Hürden für die Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste müssen minimiert werden, das Prinzip „Vertrauen“ in die Arbeit der Behörden muss gestärkt werden. Kontrollmechanismen müssen stärker an einer wirksamen Verlaufskontrolle ausgerichtet werden.

– Nationale Koordinierung der Sicherheitspolitik verbessern:
Es bedarf der Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats im Bundeskanzleramt, der die wesentlichen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Handels-, Europa- und Entwicklungspolitik koordiniert und Erkenntnisse zusammenführt. Es bedarf zudem die Einrichtung eines Koordinators für die Nachrichtendienste, denn nachrichtendienstliche Bewertungen müssen eine viel stärkere Rolle in der Außen- und Innen-Sicherheitspolitik als auch in der Handelspolitik einnehmen.

– Aktive Cybersicherheitspolitik:
Um Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und die Infrastruktur vor Cyberangriffen zu schützen, muss die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) der Systeme verbessert und die Cybersicherheitsarchitekturen bedarfsgerecht fortentwickelt werden. Das betrifft insbesondere die weitere Stärkung der Resilienz kritischer Infrastrukturen (KRITIS, NIS-2-Richtlinie), ohne die betroffene Wirtschaft finanziell oder bürokratisch unangemessen zusätzlich zu belasten. Dazu gehört zum Beispiel weiterhin die Standardisierung und Automatisierung des Cybersicherheits-Lagebildes sowie die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Akteure über Ressort- und Landesgrenzen hinweg im Sinne eines föderalen Cybersicherheitsmanagements. Zudem bedarf es der Definition und des Ausschlusses nicht vertrauenswürdiger Produkte bis hin zur Entwicklung schlagkräftiger Instrumente zur Verfolgung und Ausschaltung von Angreifern.

– Soziale Medien vor Instrumentalisierung schützen:
Die sozialen Medien sind Teil des öffentlichen Raumes. Dort gilt es, gegen strafbares Verhalten, gezielte Desinformation und Einflussnahmeoperationen vorzugehen und die Transparenz zu verbessern. Einem Machtgefälle zwischen Plattform und Nutzer muss entgegengewirkt werden, auch damit sich die Netzwerke nicht zum reinen Propagandainstrument entwickeln. Dazu gehören Maßnahmen wie wirksame Kontrollmechanismen gegen Bots und die Anzeige, wenn jemand etwas mit seiner eigenen ID signiert hat. Es geht auch um klare Identifizierung von Werbe- und Meinungskampagnen (Deklarierung von Meinungen von Privatpersonen („Opinion“), von Aussagen von Unternehmen („Statement“) und von Werbeaussagen). Darüber hinaus soll sich jede Nutzerin und jeder Nutzer darüber informieren können, inwieweit ihr und ihm gezielt Inhalte empfohlen werden, und diese Präferenzen abändern können („Reset-Funktion“).

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Richard Graupner
Abg. Katharina Schulze
Abg. Matthias Vogler
Abg. Dr. Andrea Behr
Abg. Holger Grießhammer
Abg. Klaus Holetschek
Abg. Anna Rasehorn
Abg. Toni Schuberl
Abg. Felix Locke
Abg. Florian Köhler
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Florian von Brunn
Abg. Florian Siekmann
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Wolfgang Hauber
Abg. Christiane Feichtmeier
Abg. Tanja Schorer-Dremel
Abg. Karl Straub
Abg. Jörg Baumann
Abg. Bernhard Pohl
Staatsminister Joachim Herrmann
Abg. Gülseren Demirel
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Umfassende Aufklärung der Tat in Aschaffenburg und Konsequenzen für die Sicherheitspolitik (Drs. 19/4724)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheit für Bayerns Bevölkerung (Drs. 19/4725)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Markus Rinderspacher u. a. und Fraktion (SPD)
Bayern trauert um ein kleines Kind und einen mutigen Helfer - Aufklärung und Konsequenzen aus der furchtbaren Gewalttat in Aschaffenburg, kein Zusammenwirken mit Rechtsextremen! (Drs. 19/4726)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zeitenwende in der Inneren Sicherheit (Drs. 19/4727)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass wir drei namentliche Abstimmungen haben werden. Für den Antrag der AfD-Fraktion, den Antrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER sowie den Antrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte Sie, rechtzeitig dafür zu sorgen, dass Sie die Ausweiskarte dabei haben, um das dann auch zügig durchführen zu können.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Abgeordneten Graupner für die AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Messerattacke von Aschaffenburg ist immer noch für viele unfassbar. Die Vorstellungskraft droht zu versagen, wenn man sich den Tathergang vor Augen führt, dass sich ein ausgewachsener Mann vor den Augen weiterer Kinder blindwütig auf einen zweijährigen Buben stürzt, den kleinen Körper siebenmal kaltblütig und gezielt mit einem riesigen Messer durchbohrt. Der Tod eines zweiten Kindes wird nur durch das beherzte, mutige Eingreifen eines 41-jährigen Passanten verhindert, der sich dem Messermörder selbstlos in den Weg stellt. Auch er bezahlt mit dem Leben. Er stirbt vor den Augen seines zweijährigen Sohnes, mit dem er im Park spazieren ging. Kai-Uwe D. ist ein Held und ein Vorbild für uns alle. Ganz Deutschland schuldet ihm tiefen Dank.

Messer- und Machetenmorde, Gruppenvergewaltigungen, gezielter Terror auf Weihnachtsmärkten – diese Art bestialischer Vorfälle nimmt seit 2015 dramatisch zu. Die CSU schreibt in ihrem Antrag, solche Taten dürften in Deutschland kein Alltag werden. Liebe Kollegen von der CSU, diese Taten sind längst Alltag in Deutschland und leider auch in unserem angeblich so sicheren Bayern; denn sie sind direkte Folge der verantwortungslosen Migrationspolitik der Altparteien,

(Beifall bei der AfD)

ausgelöst durch die verfassungswidrige Grenzöffnung der unseligen Kanzlerin Angela Merkel, mit deren CDU Sie, werte Kollegen von der CSU, 2015 in Regierungsverant-

wortung waren. Auch der Täter von Aschaffenburg war ein illegal eingereister, abgelehnter afghanischer Asylbewerber. Die Namen der Städte, in denen wahllos Frauen, Kinder, alte Menschen umgebracht, schwerstens verletzt oder traumatisiert wurden, brennen sich in unser Gedächtnis: Würzburg, Solingen, Mannheim, Magdeburg und jetzt Aschaffenburg. Da wirkt es fast wie Hohn, wenn der Herr Ministerpräsident in Aschaffenburg allen Ernstes behauptet – ich zitiere –: "Man hätte nie gedacht, dass solche Untaten auch in einer so ruhigen und beschaulichen Stadt wie Aschaffenburg passieren können."

Welch ein unwürdiges Schauspiel ist es, wenn sich jetzt Staatsregierung und Bund gegenseitig den Schwarzen Peter für die Verantwortung an den Messermorden zuschieben; denn selbstverständlich sind sie Folge eines systemischen Versagens von Politik und Behörden auf allen Ebenen. Aber seitens der Staatsregierung ist das natürlich besonders heuchlerisch; denn der Afghane war bereits wegen 18 Straftaten in Bayern auffällig und dreimal wegen Gewalttaten in psychiatrischer Behandlung. Unter normalen Umständen hätte er zum Zeitpunkt der Tat doch mindestens in Haft, eigentlich aber schon längst außer Landes sein müssen. Es muss hier schonungslos bis ins Detail aufgeklärt werden, warum er sich zum Tatzeitpunkt immer noch auf freiem Fuß befand.

(Beifall bei der AfD)

Aschaffenburg, so dramatisch und herzzerreißend wie es ist, ist aber nur Symptom eines größeren Zusammenhangs. Wir haben landesweit einen gigantischen – und ich sage auch: einen politisch gewollten – Kontrollverlust über das Migrationsgeschehen. Warum sind denn die Ausländerbehörden überlastet? Warum gibt es denn zu wenig Plätze in Abschiebegefängnissen, sodass selbst Sexualstraftäter weiter frei herumlaufen dürfen? – In allererster Linie doch deswegen, weil man jahrelang Leute, die hier nichts zu suchen haben, in ungeheuerlicher Zahl ins Land gelassen hat, und zwar alle Parteien, die hier sitzen, mit Ausnahme der AfD.Die Unionsparteien, die diese Katastrophe entscheidend mit verursacht haben, spielen sich jetzt schamlos mit bei der

AfD abgekupferten Forderungen als Retter Deutschlands auf. Aber die Bayern haben endgültig die Nase voll von leeren Versprechungen. Sie wollen nicht länger als Weltsozialamt und auch nicht als gigantische Freiluftpsychiatrie missbraucht werden. Sie wollen endlich wieder sicher sein. Sie wollen, dass ihre Kinder, ihre Angehörigen und sie selbst frühmorgens aus dem Haus gehen und abends auch lebend und unversehrt wieder nach Hause kommen.

Darum fordern wir die Staatsregierung auf, nicht mehr zu reden, sondern endlich zu handeln, nicht mehr die Schuldfrage hin- und herzuschieben, sondern konsequent abzuschieben. Schaffen Sie umgehend Abschiebehaftplätze in ausreichender Zahl, damit diejenigen, die hier nichts zu suchen haben, nicht weiter in unseren Städten herumlungern und sich dann im Zweifelsfall ihrer Abschiebung entziehen!

Wir brauchen zudem ein kommunales Meldesystem bezüglich der Unterbringung psychisch kranker Asylbewerber. Wir müssen wissen, wo sich diese im Zweifel gefährlichen Personen befinden, um Taten wie die von Aschaffenburg möglichst im Vorfeld unterbinden zu können. Und nutzen Sie vor allem alle Möglichkeiten, die Ihnen als Bayerischer Staatsregierung zur Verfügung stehen, um unverzüglich lückenlose Grenzkontrollen und Zurückweisungen aller Illegalen durchzusetzen!

Im Bundestag wurde gestern Geschichte geschrieben. Der Abbruch der Brandmauer wurde eingeläutet.

(Katja Weitzel (SPD): Dank der Union! Vielen Dank!)

Die Union, die beim Blick auf die neuesten Wahlumfragen den Atem der AfD ja regelrecht im Nacken spürt, hat mit unseren Stimmen ihren Fünf-Punkte-Plan zur Migrationspolitik durchsetzen können. Der Plan war ohnehin von der AfD abgekupfert. Er ist gut für Deutschland.

(Thomas Huber (CSU): Den zweiten haben Sie zusammen mit den GRÜNEN und der SPD verhindert!)

Deswegen hat unsere Bundestagsfraktion auch zugestimmt. Die CSU kann heute zeigen, ob auch sie hier die Zeichen der Zeit erkannt hat und im Interesse unserer bayerischen Landsleute zum Handeln bereit ist.

(Beifall bei der AfD)

Stimmen Sie unserem Antrag zu! Auch Bayern hat die Migrationswende bitter nötig, damit sich Aschaffenburg nicht wiederholt.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächster Rednerin erteile ich der Fraktionsvorsitzenden Katharina Schulze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Gestern ist im Bundestag die Brandmauer durch die Union zerstört worden.

(Beifall bei der AfD)

Heute feiert sich die AfD im Bayerischen Landtag. So schnell verschiebt es sich.

(Zuruf von der AfD: Zu Recht!)

Das ist bitter.

Kolleginnen und Kollegen, jeden Tag bringen Eltern in unserem Land ihre Kinder in Kitas. Sie verlassen sich darauf, dass sie am Nachmittag ihre Kinder wohlbehalten wieder abholen können. Die Eltern des zweijährigen Jungen in Aschaffenburg konnten das letzte Woche nicht mehr tun.

(Zuruf von der AfD: Und warum?)

Er wurde brutal ermordet. Ohne das couragierte Eingreifen von Passanten, von denen einer mit seinem Leben bezahlt hat, wären wahrscheinlich mehr kleine Kinder erst-

ochen worden. Ich verneige mich vor dem Mut und der Zivilcourage der Passanten, und ich danke der Polizei und den Rettungskräften für ihren Einsatz. Der Schmerz der Hinterbliebenen ist sicher unermesslich; wir denken an sie und wir trauern mit ihnen. Den Verletzten wünschen wir eine schnelle Genesung.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich können wir nach der brutalen Tat in Aschaffenburg nicht einfach so zur Tagesordnung übergehen. Aber es gibt ehrlich gesagt verschiedene Wege, wie wir politisch damit umgehen. Man kann es auf der einen Seite machen wie Friedrich Merz gestern im Bundestag und wissentlich eine Mehrheit mit der in Teilen rechtsextremen AfD in Kauf nehmen. Die Union hat damit der AfD die Tür zur Macht aufgemacht. Ich finde das falsch und brandgefährlich und halte das auch für geschichtsvergessen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Unsäglich! – Weitere Zurufe von der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Kolleginnen und Kollegen, ich habe die Debatte gestern mitverfolgt und bekomme ehrlich gesagt die Bilder nicht aus dem Kopf.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Der gestrige Tag begann mit einem Gedenken an die Opfer des Völkermords der Nazis und endete mit jubelnden Rassisten im Parlament.

(Florian Köhler (AfD): Ernsthaft?)

Ich finde, liebe Union, da kann man doch nicht sagen, man hat alles richtiggemacht. Das ist eine Zäsur für die Bundesrepublik Deutschland!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CSU)

Sie können jetzt auch nicht sagen, Sie wurden nicht gewarnt. Haben Sie zum Beispiel nicht den Brandbrief der Katholischen und Evangelischen Kirche gelesen?

(Thomas Huber (CSU): Einzelmeinungen! – Weitere Zurufe von der CSU)

Ich frage mich: Was ist denn aus der Christlich-Sozialen Union geworden, wenn die Kirchen Sie eindringlich davor warnen müssen, dass Sie sich da nicht anbiedern sollen?

(Thomas Huber (CSU): Moralpredigt!)

Auch ganz persönlich möchte ich Ihnen etwas zurufen: Ich bin jetzt seit 2013 im Bayerischen Landtag.

(Florian Köhler (AfD): Viel zu lang! – Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich war mir bisher immer sicher, dass Sie als CSU, wenn es hart auf hart kommt, immer den Schulterschluss der Demokraten suchen und sich nicht Mehrheiten mit Rechtsextremen beschaffen. Das haben Sie selber immer so gesagt.

(Zurufe von der CSU – Zuruf von der AfD: Reden Sie zur Sache!)

Ich sage Ihnen auch, dass diese Gewissheit seit gestern bei mir erschüttert ist. Die vielen Zuschriften, die ich in den letzten Stunden bekommen habe, zeigen mir: Diese Gewissheit haben auch viele andere Menschen im Land verloren. Diese Menschen fragen sich zu Recht: Wenn Sie als Union sich bei diesem sensiblen, hochkomplexen Thema die Mehrheit von der AfD mitbesorgen lassen, dann könnten Sie das ja bei jedem anderen Thema auch machen.

(Zuruf von der AfD: Genau! – Beifall bei der AfD)

Wo nehmen Sie in Zukunft noch die Zustimmung der AfD in Kauf?

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Schauen wir doch mal gemeinsam nach Österreich. Wollen wir so enden, dass Demokraten nicht mehr miteinander sprechen können und nicht mehr miteinander koalieren können

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben sich doch dem Gespräch verweigert! – Weitere Zurufe von der CSU)

und am Ende die Rechtsextremisten, die Demokratiefeinde, die Geschicke eines Landes bestimmen können?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Petra Guttenberger (CSU): Die Verweigerung ist bei Rot-Grün!)

Ich will das nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen sage ich als Grüne ganz bewusst: Wir brauchen stabile Konservative in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CSU – Lachen bei der AfD)

Wir brauchen sie als Stabilitätsanker mit uns zusammen in der Mitte der Gesellschaft.

(Michael Hofmann (CSU): Dann müsst ihr konservative Politik machen!)

Wenn Sie dort nicht bleiben, dann werden Sie entweder verschwinden wie in Frankreich oder in Italien oder Sie werden ersetzt oder sind nur noch eine leere Hülle, ein Schatten Ihrer selbst, siehe die USA.

(Michael Hofmann (CSU): Die Zeit ist bereit für konservative Politik!)

Deswegen bin ich davon überzeugt, dass wir nach einer so schrecklichen Tat wie in Aschaffenburg damit auch politisch anders umgehen können, als es Friedrich Merz

und die Union im Bund gemacht hat. Ich habe schon am Dienstag in der Früh den Fraktionsvorsitzenden von CSU, FREIEN WÄHLERN und SPD einen Brief geschrieben, mich an sie gewandt und vorgeschlagen: Lasst uns uns zusammensetzen! Lasst uns gemeinsam die Versäumnisse rund um den Täter von Aschaffenburg aufklären und gemeinsam Lösungen erarbeiten!

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Reine PR-Mache für Social Media! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich gebe die Hoffnung nicht auf und weiß, dass es in der Union sehr viele Menschen gibt, denen die Kooperation mit Demokraten wichtiger ist als Wahlkampfmanöver mit der AfD. Deswegen kann ich nur meinen Vorschlag verstärken: Lassen Sie uns bei diesem Thema zusammenarbeiten und gemeinsam Lösungen finden!

(Michael Hofmann (CSU): Wir bespielen doch das Thema, wir bearbeiten es!)

Das hat auch die Bundeskanzlerin a. D. Angela Merkel heute so klar formuliert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Am Ende geht es doch um Menschen statt um Wahlkampftaktik,

(Zurufe von der CSU)

um das Land statt um Parteipolitik.

(Zurufe von der CSU)

Das ist etwas, was die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten.

(Thomas Huber (CSU): Genau das habt ihr gemacht: Wahlkampftaktik!)

Deswegen muss der Staat natürlich die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger gewährleisten,

(Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sie haben gegen Abschiebungen demonstriert!)

die Sicherheit von Menschen, die hier geboren sind, genauso wie die Sicherheit von Menschen, die hier zugewandert sind. Alle wollen ihre Kinder wohlbehalten von der Kita abholen. Wenn wir jetzt auf die barbarische Tat in Aschaffenburg blicken, dann sehen wir doch, dass auch in Bayern Fehler passiert sind.Der Täter hatte 18 Straftaten verübt und 3 psychiatrische Unterbringungen und hätte Bayern längst verlassen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Anhaltender Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD – Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Ihr habt doch gegen Abschiebungen demonstriert! – Michael Hofmann (CSU): Wohin denn? – Weitere Zurufe von der CSU – Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten – Michael Hofmann (CSU): Das ist so heuchlerisch! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist so heuchlerisch, Wahnsinn!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Alle Fraktionen haben nachher die Möglichkeit, am Rednerpult ihre Meinung kundzutun. Ich bitte, die Debatte jetzt etwas ruhiger fortzuführen. Danke.

Katharina Schulze (GRÜNE): Nach Verbüßen ihrer Strafe in Deutschland haben Straftäter das Land zu verlassen. Ja, das ist grüne Position, die Position von uns.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Allgemeine Unruhe – Michael Hofmann (CSU): Wohin denn? – Weitere Zurufe von der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD – Michael Hofmann (CSU): Ihr habt doch gegen Abschiebungen demonstriert! – Thomas Huber (CSU): So eine Heuchlerei! – Unruhe – Glocke des Präsidenten – Thomas Huber (CSU): Ihr seid gegen Überstellungen nach Bulgarien!)

Wenn wir die Taten des Täters von Aschaffenburg anschauen, dann müssen wir uns damit beschäftigen, welche Versäumnisse es auch in Bayern gegeben hat.

(Zurufe von der CSU)

Deswegen gilt es, jetzt konsequent aufzuklären und Lehren daraus zu ziehen. Außerdem kann man schon jetzt Maßnahmen ergreifen, wie wir die Sicherheit der Menschen in Bayern erhöhen können. Es braucht zum Beispiel dringend einen besseren Informationsaustausch zwischen den Behörden, eine echte Kooperationspflicht. Es braucht in unseren Augen eine neue Kategorie für Gefährder bei instabilen, gewaltbereiten Personen mit unklarer Motivlage und somit ein Frühwarn- und Hilfeprogramm wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen. Gegen das Behörden-Wirrwarr bei der Durchsetzung des Asylrechts braucht es eine Neuorganisation. Wir GRÜNE schlagen vor, die Überstellungen nach der Dublin-Verordnung ausschließlich durch die Bundesebene erfolgen zu lassen und freiwillige Ausreisen engmaschiger zu begleiten. Wenn Geflüchtete bei uns ankommen, sollten sie nicht nur körperlich, sondern auch psychisch untersucht werden und bei Bedarf Zugang zu psychosozialer Behandlung bekommen. Das Modellprojekt in Baden-Württemberg läuft damit sehr gut. Das wollen wir auch für Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war am Sonntag in Aschaffenburg beim Trauergottesdienst. Ich habe den starken Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft gespürt. In den vielen Gesprächen, die ich geführt habe, wurde mir immer wieder von der Zivilcourage der Passanten und der guten Zusammenarbeit der Einsatzkräfte berichtet. Ich finde, diese Solidarität in Aschaffenburg ist ein Auftrag an uns alle, an uns demokratische Parlamentarierinnen und Parlamentarier, uns die Hand zu reichen und an Lösungen zu arbeiten, auch wenn man dann vielleicht eigene Positionen verändern muss.

(Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sie haben gegen Abschiebungen demonstriert! Schämen Sie sich! – Thomas Huber (CSU): Heuchelei! – Weitere Zurufe von der CSU – Zurufe von der AfD)

Deswegen ist es gut, dass die Bundeskanzlerin a. D. Angela Merkel das heute auch so deutlich eingefordert hat. Diese Solidarität der Stadtgesellschaft in Aschaffenburg gibt auch Zuversicht für die gesamte Gesellschaft. Ich weiß nämlich, dass gestern Nacht viele Menschen nicht gut schlafen konnten. Sie machen sich Sorgen um ihre Familien, um sich selbst, um unsere Demokratie und um unser vereinigtes Europa. Deswegen möchte ich diesen Menschen jetzt noch etwas zurufen:

(Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sie haben gegen Abschiebungen demonstriert!)

Egal ob hier im Parlament oder draußen auf der Straße, gemeinsam mit vielen anderen werde ich, werden wir stehen. Wir werden stehen auf der Seite der Demokratie und gegen den Hass der Rechtsradikalen. Wir werden stehen für ein vereinigtes Europa. Wir werden stehen für ein Bayern mit menschlichem Gesicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegen noch zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste kommt vom Abgeordneten Matthias Vogler für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

Matthias Vogler (AfD): Frau Kollegin Schulze, schämen Sie sich eigentlich nicht für das, was Sie hier von sich geben? Können Sie überhaupt noch in den Spiegel schauen bei dieser Doppelmoral, die Sie hier an den Tag legen? Sie schreien nach mehr Migration, nach mehr ungehinderter Migration, nach mehr Asylanten, die das Ganze verursacht haben. Sie verhindern jede Abschiebung. Sie rufen massenhaft dazu auf, dass Abschiebungen verhindert werden. Jetzt stellen Sie sich mit Krokodilstränen ans Rednerpult und beweinen diese abscheuliche, schreckliche Tat, die Sie, Ihre Partei,

mit zu verantworten haben. Das ist widerlich hoch zehn. Sie sollten sich wirklich schämen.

(Beifall bei der AfD)

Wann kommen Sie endlich zur Einsicht, dass Ihre Politik genau dafür verantwortlich ist, was hier in den letzten Jahren passiert, Sie und Ihre Politik, Ihr Kanzlerkandidat, der Deutschland als "mieses Stück Scheiße" empfand bzw. mit Vaterlandliebe nie etwas anzufangen wusste?

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Ihr seid Vaterlandsverräter!)

Das ist doch wirklich erbärmlich und nicht, wenn die CDU/CSU endlich erkennt, dass wir vernünftige Politik machen, und gute Anträge unterstützt.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Matthias Vogler (AfD): Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Als ehemalige Schülerin des Christoph-Probst-Gymnasiums weiß ich, dass die Demokratie kostbar ist und keinesfalls selbstverständlich. Deswegen kann ich jeden Tag sehr gut in den Spiegel gucken, weil ich mit meiner Fraktion daran arbeite, Humanität und Ordnung in diesem Land zu bewahren, Sicherheit zu gewährleisten und Menschlichkeit im Herzen weiter zu tragen. Ich lade alle dazu ein, diesen Weg weiterzugehen, weil wir in meinen Augen im Moment an einem entscheidenden Punkt in unserer Geschichte stehen. Es ist jetzt auch unsere Aufgabe, Gräben in der Gesellschaft zu überwinden, als Demokraten den Schulterschluss zu suchen. Wir können gerne hart in der Sache arbeiten und diskutieren, aber wir müssen eine klare Grenze ziehen gegen die, die unsere Demokratie kaputtmachen möchten.

(Zuruf von der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Leere Worte!)

Wenn Demokratiefeinde an der Macht sind, ist es vorbei mit Frauenrechten, mit Menschenrechten, mit unserer Demokratie.

(Zurufe von der AfD – Katrin Ebner-Steiner (AfD): Dass Ihnen zuerst Frauenrechte einfallen, ist bezeichnend!)

Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von der Kollegin Dr. Andrea Behr von der CSU-Fraktion. – Bitte schön.

Dr. Andrea Behr (CSU): Sehr geehrte Frau Kollegin Schulze, wissen Sie, warum ich nachts nicht mehr schlafen kann? – Weil es Kolleginnen hier im Bayerischen Landtag gibt wie Sie, die sowas von heuchlerisch sind und sich hier vorne hinstellen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Wie können Sie mir Folgendes erklären? An einem Tag gab es eine Abschiebung von Schwerstkriminellen nach Afghanistan. Sie haben in einem Post geschrieben: Morgen findet wieder eine Sammelabschiebung nach Afghanistan statt, da blutet einem das Herz. Demo gegen die Abschiebungen nach Afghanistan. – Sie waren bei jeder Petition in den Ausschüssen gegen das Dublin-Verfahren, gegen die Abschiebungen nach Bulgarien, und dann schreiben Sie jetzt, der Täter hätte nicht mehr in Bayern sein dürfen. – Erklären Sie mir bitte mal diesen Widerspruch.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Danke, dass ich noch einmal die Möglichkeit habe, erneut unsere Position darzustellen; denn sie ist ehrlich gesagt sehr einfach und lässt

sich runterbrechen auf Folgendes: Wir als Bundesrepublik Deutschland helfen natürlich Menschen, die vor Krieg und Vertreibung fliehen. Wir geben Schutz und Hilfe. Aber wer unseren Schutz missbraucht, wer unsere Sicherheit gefährdet, kann selbstverständlich nicht hier bei uns bleiben. Das war schon immer grüne Position.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD – Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Schämen Sie sich! – Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Allgemeine Unruhe)

Wissen Sie, warum wir bei gewissen Petitionen im Bayerischen Landtag gegen Ihre Position stimmen? – Weil Sie die Falschen abschieben.

(Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Sie schieben aus Berufsschulen ab. Sie schieben die Menschen ab, die eine Ausbildung hier machen, die hier teilhaben wollen und die Teil unserer Gesellschaft werden möchten.

(Zuruf von der AfD: Ausländerfeindlich!)

Es geht darum, Straftäter aus diesem Land auszuweisen.

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bei dem Täter von Aschaffenburg wäre das möglich gewesen, und es hat nicht funktioniert. Das ist genau das Problem.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nein, weil es keine Flüge gegeben hat!)

Man kann das sehr wohl differenziert betrachten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist um. – Als nächstem Redner erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Holger Grießhammer für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Holger Grießhammer (SPD): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Der 22. Januar der vergangenen Woche war ein schwarzer Tag für Bayern und für Deutschland.Das war vor allem ein schwarzer Tag für die beiden Opfer in Aschaffenburg. Wir alle trauern, und ich spreche hiermit nochmals das tiefe Mitgefühl unserer Fraktion aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Angriff auf eine Kindergartengruppe ist das Letzte und Abscheulichste, was man sich nur vorstellen kann. Es ist an Grausamkeit und an Kaltblütigkeit nicht zu überbieten. Als Familienvater traf mich die Nachricht von der Bluttat besonders hart. Wir sind entsetzt, und es macht uns wütend. Man neigt unter diesen besonderen Umständen auch zu Kurzschlüssen und Affektreaktionen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nein, genau das dürfen wir als verantwortliche Politikerinnen und Politiker nicht tun: – im Affekt handeln und Kurzschlüsse ziehen. Wir müssen jetzt besonnen mit kühlem Kopf, aber auch entschlossen handeln.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo bleibt die Trauer mit den Angehörigen? Wo bleibt die Trauer mit der Stadt Aschaffenburg und ihren Bürgerinnen und Bürgern? Wo bleibt die Trauer mit den Menschen und insbesondere mit den kleinen Kindern, die diese Messerattacke mit ansehen mussten? Wo bleibt die Trauer mit den beteiligten Hilfskräften und Polizistinnen und Polizisten am Tatort? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, sie kam definitiv zu kurz.

Was wir sehen: Schuldvorwürfe. Es gab Schuldvorwürfe, zunächst von Bayern nach Berlin und dann von Berlin nach Bayern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nein, genau das möchten die Menschen im Land eben nicht sehen. Sie wollen sehen, dass Politi-

ker in Bund, Ländern und Kommunen, ob Schwarz, Rot, Grün, Gelb oder Orange an einem Strang ziehen und den Fall entschlossen und geschlossen aufarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage stellt sich: Warum ist dieser Attentäter noch herumgelaufen? – Ja, er hätte nicht auf offener Straße sein dürfen. Der Tatverdächtige hat bislang 18 Straftaten in Bayern begangen und war dreimal in Unterbringungen aufgrund von Eigen- und insbesondere Fremdgefährdung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nein, er hätte nicht auf offener Straße sein dürfen.

(Zuruf von der AfD: Er hätte nicht in Deutschland sein dürfen!)

Hier hat die Politik, hier haben wir und insbesondere auch die Behörden Fehler gemacht. Zur Wahrheit gehört auch, dass wir uns jetzt nicht gegenseitig Vorwürfe machen, sondern jetzt gemeinsam an einem Strang ziehen. Nun gilt es, Konsequenzen daraus zu ziehen.

Klar ist, die Migrations- und Flüchtlingspolitik muss auf den Kopf gestellt werden. Die Sicherheit in Bayern ist ein wichtiges und hohes Gut. Wir haben hervorragende Polizistinnen und Polizisten, die einen tollen Job machen. An dieser Stelle gilt ihnen auch nochmals unser Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD hat erkannt, dass die Migrationspolitik von Angela Merkel so nicht mehr Bestand haben kann. Humanität und Ordnung müssen miteinander in Einklang stehen. Die weltweite Migrationspolitik stellt unser Land vor große Herausforderungen. Insbesondere unsere Kommunen leisten hier Großes und arbeiten oftmals am Rande ihrer Möglichkeiten. Sie müssen die Entscheidungen von Bund und Land ausbaden. Auch an dieser Stelle gilt mein Dank unseren Städten und Gemeinden in Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die sozialdemokratische Migrationspolitik zeigt Wirkung. Die Zahl der Asylgesuche lag 2024 um 34 % unter denen des Vorjahres. Die

Zahl der formellen Asylanträge ging um 30 % zurück im Vergleich zum Vorjahr. Im Vergleich von Oktober 2024 zu 2023 sind die Asylgesuche sogar um 50 % zurückgegangen. Im Jahr 2024 wurden 21 % mehr Abschiebungen durchgeführt als noch im Jahr 2023. Unerlaubtes Einreisen wurde dank unserer Maßnahmen stark reduziert. Hier verzeichnen wir einen Rückgang von fast 35 %. Die Bundespolizei hat bei den Grenzkontrollen allein bis Oktober 1.600 Schleuser festgenommen. Über 46.000 Personen wurden an den Grenzen zurückgewiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, leider blockiert die Union auch weiterhin das Sicherheitspaket im Deutschen Bundesrat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen bei aller Dramatik eines nicht tun, nämlich Europarecht brechen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Weltpolitik ist aufgeheizt, nicht zuletzt durch die US-Wahl mit Donald Trump an der Spitze von Amerika. Nach wie vor herrscht nach dem unsäglichen Angriff durch Russland Krieg in Europa. Genau deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir den gemeinsamen Gedanken Europas eben nicht wegen der Migrationspolitik opfern. Es braucht eine Reform der gemeinsamen Asylpolitik. Alle Partner in Europa müssen ihrer Aufgabe gerecht werden. Ein Durchwinken von Asylbewerbern nach Deutschland darf es nicht weiter geben. Wir müssen am europäischen Recht festhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den europäischen und geeinten Weg haben gestern CSU und CDU mit Friedrich Merz verlassen. Unsere Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Kohl drehen sich im Grabe um. Angela Merkel hat sich heute ebenfalls entsetzt gezeigt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, der gestrige Tag war und ist ebenso ein schwarzer Tag für unser Land. CSU und CDU machen gemeinsame Sache mit einer teils als rechtsextrem eingestuften Partei, der AfD. Dies ist ein Dammbruch, der an die finstere Zeit in unserem Land erinnert.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch bei der AfD)

Wir haben vor einer Woche, am 23. Januar, an die Befreiung der Konzentrationslager in Dachau erinnert. In den Reden von Frau Landtagspräsidentin Aigner und des Ministerpräsidenten hörten wir sehr oft die Worte: Nie wieder!

(Zurufe von der AfD)

Wir hörten, dass einzig Sozialdemokraten ihren Namen nicht geändert haben und sich zur Wehr stellten. Viele Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen mussten dies mit ihrem Leben bezahlen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns war es damals eine Selbstverständlichkeit, sich gegen Nazis zu stellen. Für uns gilt auch heute noch: Nie wieder!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Für uns gilt: Nie wieder ist jetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, kehren Sie an den Tisch der Demokraten zurück.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU – Thomas Huber (CSU): Wir sind Demokraten! – Michael Hofmann (CSU): Das ist eine Unverschämtheit! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bodenlos!)

Wir müssen das Thema Migrations- und Flüchtlingspolitik gemeinsam lösen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von den GRÜNEN: Schämt euch! – Thomas Huber (CSU): Das war zu viel!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Klaus Holetschek für die Fraktion der CSU das Wort. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, uns alle eint in diesem Hohen Haus die Trauer und die Betroffenheit über dieses unglaubliche und fassungslos machende Verbrechen in Aschaffenburg. Aber ich sage Ihnen auch: Ich möchte nicht dauernd hier stehen müssen und die Betroffenheit über so etwas zum Ausdruck bringen. Deswegen müssen wir Politik ändern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Wir reden über das Thema Sicherheit und darüber, was wir auch brauchen. Ich will an dieser Stelle unserer Polizei und unserem Innenminister nochmals danken. Joachim Herrmann ist nicht nur in dieser Zeit ein Fels in der Brandung, wenn es um innere Sicherheit geht, sondern Bayern ist ein Fels in der Brandung, wenn es um die Sicherheit der Menschen in diesem Land geht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich macht einen das nachdenklich, was gestern im Bundestag passiert ist. Natürlich denkt man darüber nach: Was ist denn gestern passiert? Warum ist das so passiert? War es richtig? Es ist übrigens keine Frage von rechts oder links, es ist eine Frage von richtig oder falsch.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Es war richtig. Wissen Sie, wer den entscheidenden Beitrag dazu geleistet hat? –

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Die CDU/CSU!)

Das Politikversagen der Reste-Ampel in den letzten Jahren. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann Ihnen eines klipp und klar sagen – Sie sind doch auch draußen bei den Menschen –: Wir sind doch hier nicht in einer Politik-Bubble, die sich nicht an dem orientiert, was draußen passiert. Die Menschen draußen wollen, dass sich Politik jetzt ändert. Deswegen kann man nicht zuschauen und sagen, wir hätten jetzt keinen Bedarf.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Das geht einfach nicht. Deswegen ist diese Abstimmung gestern richtig gewesen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Niemand in diesem Land kann mehr sagen, nicht zu wissen, worüber bei der Bundestagswahl abgestimmt wird, worüber das Volk jetzt entscheiden kann und wer auf welcher Seite steht.

(Unruhe)

Jetzt ist die Zeit, Farbe zu bekennen. Wir haben das gestern unter schwierigsten Bedingungen gemacht, weil es uns um die Menschen in diesem Land geht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen sind wir mutig und nehmen auch in Kauf, dass diese Diskussion jetzt geführt wird. Ich sage Ihnen auch klipp und klar: Wir werden nie mit der AfD zusammenarbeiten, kooperieren, koalieren oder Sonstiges.

(Zurufe von der AfD und den GRÜNEN)

Sie beweisen jeden Tag, wenn wir hier sind, warum wir das nicht tun, und wir werden es nie tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schauen Sie, liebe Reste-Ampel – es nützt ja nichts –, es ist jetzt noch einmal deutlich geworden: In drei Jahren haben Sie es nicht geschafft, die Dinge in Ordnung zu brin-

gen. Sich jetzt so wegzuducken und die Dinge in eine andere Richtung zu schieben, wird Ihnen nicht gelingen. Die CDU/CSU ist nach dem Krieg die Volkspartei, die dieses Land mit geprägt hat. Wir sind lupenreine Demokraten; davon können Sie ausgehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen auch ganz bewusst: Auch die SPD hat große Kanzler gehabt, zum Beispiel Helmut Schmidt. Ich habe aber noch nie einen so schlechten Kanzler wie jetzt Olaf Scholz gesehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der SPD)

Die Regierungserklärung gestern hat mit einer Schuldzuweisung begonnen und mit der Aussage, man habe doch alles richtig gemacht, und er habe sich überhaupt keine Vorwürfe zu machen. – Ich weiß gar nicht, wie der Realitätsverlust dieses Mannes in so kurzer Zeit immer mehr Fahrt aufnehmen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich muss man die Dinge klären, und es ist doch klar, dass die Bundesbehörde überlastet war. Das ist doch kein Vorwurf an die Beamtinnen und Beamten. Es ist ein Vorwurf an die, die die Aufsicht haben und steuern, dass man nicht genügend getan hat, um dort zu entlasten. Das ist doch der Kern; und deswegen ist es so passiert, wie es jetzt passiert ist, und nicht deswegen, weil man alles richtig gemacht hat.

Hören Sie doch bitte einmal auf, sich dahinter zu verstecken, wir würden europäisches Recht brechen. – Das ist doch eine Mär. Es gibt Verfassungsjuristen – angefangen von Papier bis hin zu anderen –, die sagen, dass wir das sogar tun müssen und tun können. Warum schließen Sie sich eigentlich immer der Rechtsmeinung an, die sagt, es gehe nicht? Ich schließe mich der Rechtsmeinung an, die sagt, wie es geht und wie wir es machen, und wir tun es jetzt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Petra Guttenberger (CSU): So ist es! – Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Ich kann nur noch einmal sagen – die Zitate sind gefallen, Frau Kollegin Schulze –: Sie sind nicht auf das Thema Abschiebungen und nicht darauf eingegangen, wie Sie damals auf Twitter reagiert haben, wenn eine Abschiebung erfolgte.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das war 2018!)

Frau Göring-Eckardt hat vor Kurzem gesagt, Migration habe nichts mit der Lebensrealität der Menschen zu tun. – Das verstehen die Menschen draußen nicht mehr. Deswegen treiben Sie die Menschen mit dieser Politik in die Hände dieser Radikalen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ganz genau!)

Wir verhandeln gerade über das Polizeiaufgabengesetz; da habt ihr uns verklagt. Ihr wollt der Polizei nicht die Chance geben, dass sie in diesen Zeiten die Möglichkeiten hat, Verbrecher maximal zu bekämpfen und gegen Dinge vorzugehen. Das ist doch die Doppelmoral, die hinter der grünen Politik steht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es geht um Fakten! Sie wollen den Familiennachzug fördern. Das sind Fakten, meine Damen und Herren. Da nützt der Küchentisch nichts. Das sind die Lebensrealitäten der Menschen draußen auf der Straße. Wir müssen diese Themen lösen. Wir werden die Radikalen nur zurückdrängen, wenn wir die Probleme der Menschen lösen, und das tun wir gerade, ob es euch passt oder nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen werden wir auch jetzt dabei bleiben. Glauben Sie nicht, dass wir unsere Haltung jetzt ändern. Wir werden von der Verantwortung für das Land geleitet. Wir werden von der Verantwortung für die Menschen in diesem Land geleitet, die Dinge

jetzt zu ändern. Spüren Sie diese Erwartungshaltung draußen nicht? – Ich spüre sie jeden Tag.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Mich fragen die Menschen draußen: Wann passiert denn endlich etwas? Wie lange müssen wir denn noch zuschauen? Wie lange wartet ihr noch? Worauf wartet ihr? Politik wird nur Vertrauen und Glaubwürdigkeit erlangen, wenn man handelt. Friedrich Merz hat gehandelt, Markus Söder hat gehandelt, und wir werden diesen Weg weitergehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD und den GRÜNEN)

Deswegen wird es Ihnen auch nicht gelingen, uns in irgendwelche Ecken zu stellen.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das haben Sie schon selbst getan!)

– Nein, das haben wir nicht getan. Sie lenken ab, Sie schmeißen eine Nebelkerze nach der anderen und versuchen, von den eigentlichen Problemen wegzukommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Teilweise gelingt es Ihnen, aber im Kern wissen die Menschen schon, was jetzt passiert. Sie müssen über die Sache reden, und in der Sache geht es um Sicherheit, um das Gefühl der Menschen, sich sicher zu fühlen, um Verantwortung, um Migration und darum, die Dinge jetzt zu ändern. Es geht nicht um irgendwelche Diskussionen, die jetzt aus manchen Ecken kommen, und nicht darum, wer sich alles auf einmal meldet und wieder etwas zu sagen hat. Das ist alles okay; alles wird zur Kenntnis genommen. Aber ich sage Ihnen: Dieser Weg führt geradeaus dorthin, wo wir die Verantwortung haben, dieses Land in Ordnung zu bringen und für die Sicherheit der Menschen zu sorgen, und das tun wir jetzt mit aller Konsequenz.

Die Bürgerinnen und Bürger können am 23. Februar darüber abstimmen. Jeder weiß, wo wer steht; das ist das Gute.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Mir liegen zwei Meldungen zur Zwischenbemerkung vor. Die erste kommt von der Kollegin Anna Rasehorn für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Anna Rasehorn (SPD): Lieber Kollege Herr Holetschek, ich muss sagen: Ich bin seit gestern wirklich fassungslos,

(Zuruf von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

und ich schätze, auch sehr viele Ihrer Kolleg:innen. Man kann auch darüber diskutieren, ob man die fünf Punkte für rechtswidrig hält oder nicht. Dazu kann es unterschiedliche Auffassungen geben. Ich möchte aber trotzdem Folgendes sagen: Wir haben Ihnen die Hand gereicht. Es gab im Dezember einen Migrationsgipfel, an dem man darüber gesprochen hätte. Die Union hat ihn nicht betreten.

(Petra Guttenberger (CSU): Und was haben Sie getan?)

Ich möchte aber einen Parteitagsbeschluss der CDU zitieren, wo genau das drinsteht:

> "Und genau das ist nach der Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum Thüringer Ministerpräsidenten am 5. Februar 2020 mit Stimmen der AfD und mit Stimmen der CDU-Fraktion Thüringen passiert: Der Vorgang hat nicht nur der gesamten CDU Deutschlands schwer geschadet, sondern dem Ansehen von Politik, Parteien und Demokratie insgesamt.
>
> Deswegen hat das Präsidium der CDU Deutschlands in einer Sondersitzung am 7. Februar 2020 die Haltung der Partei auch noch einmal bekräftigt:

‚Für die CDU Deutschlands gilt: Es gibt keine Zusammenarbeit mit der AfD – weder in direkter, noch in indirekter Form.'"

Jetzt sagt ihr: Ihr erpresst uns ja. – Ihr sagt am Freitag: Das stimmt oder stimmt nicht. Aber ihr geht den Dammbruch mit der AfD ein.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): So ein Quatsch!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Kollegin, Ihre Redezeit ist vorbei.

Anna Rasehorn (SPD): Da möchte ich schon fragen: Wie steht ihr zu dem Dammbruch gestern?

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Kollegin! – Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Erst einmal ist es völlig richtig: Es gibt keine Zusammenarbeit mit der AfD. Ich weiß nicht, was Sie unter Zusammenarbeit verstehen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich habe Ihnen zu erklären versucht, dass wir die Dinge tun, die für das Land richtig sind. Das ist unsere Verantwortung. Den Auftrag haben uns die Menschen gegeben, und den erfüllen wir jetzt, definitiv.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Kollegin, wenn wir schon beim Zitieren sind, dann darf ich einmal aus einem Interview zitieren, das Bundeskanzler Scholz am 11. August 2023 in der "Thüringer Allgemeine" gegeben hat. Der Bundeskanzler erklärte damals, niemand solle sich in seiner politischen Arbeit davon abhängig machen, wie eine andere Partei abstimmen könnte. – Interessant.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört! – Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Noch ein Satz: Ich erwarte wirklich, dass Ihr Fraktionsvorsitzender die Aussage zurücknimmt, wir hätten den Tisch der Demokratie verlassen. Ich halte das für unglaublich und für eine ungehörige Verfehlung. So werden wir nicht mehr zusammenarbeiten.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bravo! – Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Herr Kollege, wenn Sie das nicht revidieren, dann werden wir nicht mehr gut zusammenarbeiten. Unglaublich! Ein Skandal!

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Redezeit ist um. – Mir liegt eine zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor: Kollege Toni Schuberl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

(Unruhe – Zurufe von der CSU und der AfD: Oje! Buh! – Robert Brannekämper (CSU): Schlaubergertoni!)

Toni Schuberl (GRÜNE): Ich bin der Meinung, dass diese Bierzeltstimmung dem Thema nicht angemessen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Oje! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das sagt der Richtige!)

Herr Holetschek, ich hätte eine Frage an Sie.

(Thomas Huber (CSU): Was soll man hier drin denn dann noch machen? – Petra Guttenberger (CSU): Was soll man denn noch dürfen, oder was? – Unruhe)

– Brauchen Sie für die Zwischenrufe noch Zeit, oder darf ich etwas sagen?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der Kollege hat das Wort.

(Michael Hofmann (CSU): Haschen passt in das Haus, oder?)

Das Wort hat jetzt der Kollege Schuberl. Ruhe bitte.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Holetschek, ich habe eine Frage: Inwiefern ist Ihrer Meinung nach die Herkunft des Täters für den Mord relevant?

Klaus Holetschek (CSU): Relevant ist nicht die Frage der Herkunft, sondern die Frage ist, dass wir in unser Land auf bestimmten Wegen Menschen lassen, die nicht hier sein sollten. Das ist die entscheidende Frage.

Wir müssen das ändern. Deswegen müssen wir diese Themen konsequent behandeln. Wer hier Straftaten begeht oder sich nicht so verhält, wie wir alle uns verhalten, wer sich nicht an unsere Leitkultur hält, der hat in diesem Land nichts zu suchen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Felix Locke für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es eint uns parteiübergreifend, dass die schreckliche Tat in Aschaffenburg etwas ist, was wir in unserem Land – egal ob in unserem wunderschönen Bundesland Bayern oder sonst wo – nicht haben wollen. Natürlich auch von meiner Fraktion tiefstes Mitgefühl mit den Familien der Opfer, den zu Schaden gekommenen Menschen und ein großes Dankeschön allen, die geholfen haben, Schlimmeres zu verhindern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Wir reden hier unter anderem von einem zweijährigen Kind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verurteile, dass wir heute hier drei Redebeiträge von drei Fraktionen hatten, die mit dem Tod dieses kleinen Kindes Politik gemacht und

mit Wahlkampfparolen um sich geschmissen haben. Liebe AfD, liebe GRÜNE, liebe SPD, schämt ihr euch eigentlich nicht für eure widerwärtigen Aktionen, indem ihr hier auf dem Rücken eines Kindes Stimmung macht und hetzt?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Widerspruch bei der AfD, den GRÜNEN und der SPD)

Man kann und muss in der Sache hart diskutieren. Ich finde es aber falsch, in einem Redebeitrag von vorneherein dieses Kind zu erwähnen. Wir müssen uns überlegen, wie wir mit so etwas in Zukunft umgehen.

Ich glaube, dass wir an einem Scheideweg stehen, auch an einem Scheideweg unserer Demokratie. Die Debattenkultur hat sich immer mehr zugespitzt. Die sozialen Medien tun ihr Übriges dazu. Ich finde es aber falsch, eine demokratische Partei – wie ihr jetzt die CSU – zu verunglimpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Denn wir, FREIE WÄHLER und CSU, haben sogar in die Präambel unseres Koalitionsvertrages ein klares Bekenntnis zu unserer Demokratie geschrieben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Ich habe volles Vertrauen in unseren Koalitionspartner, dass die Brandmauer zu den Menschen, mit denen wir nichts zu tun haben wollen, weiterhin stehen bleibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Man muss sich aber auch einmal die Fakten anschauen. Fakt ist einfach, dass die Menschen unzufrieden sind. Aktuell sind 77 % der Deutschen mit der Asylpolitik unzufrieden. Wer ist im Bund aktuell verantwortlich? – Drei Jahre lang die Ampel. Drei

Jahre lang ist nichts passiert. Es war doch nur – ich muss sagen: leider – eine Frage der Zeit, bis so ein schlimmes Ereignis auch in Bayern passieren würde.

(Anna Rasehorn (SPD): Herr Locke, das ist jetzt kein Wahlkampf?)

Wir haben außerhalb Bayerns immer wieder viele schlimme Taten gehabt, und auf Bundesebene ist nichts passiert. Es wurde nicht gehandelt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt nicht!)

Es wurde nicht daran gearbeitet, innerhalb der Asyl- und Migrationspolitik die nötigen Veränderungen voranzutreiben.

Liebe GRÜNE, auch ihr müsst langsam verstehen, dass die links-grüne Wokeness, die ihr in die Debattenkultur eingebracht habt, zu Ende ist. Es gab Zeiten, in denen man sich nicht einmal mehr getraut hat, etwas zu sagen, was konträr zu eurer Position war, weil man gleich in die rechte Ecke gestellt wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Auch das ist ein Grund, warum die AfD stärker geworden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Auch das muss man an dieser Stelle einmal ganz klar sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Es muss jetzt endlich aufhören, dass die Redezeit in den Parlamenten mit Lippenbekenntnissen und Bedauern ausgefüllt wird. Wir müssen jetzt handeln. Wir müssen jetzt mutig vorangehen. Wir brauchen in der Migrationspolitik einen Wandel.

Ich möchte das auf eine abstraktere Ebene ziehen. Natürlich ist das Thema mit Emotionen aufgeladen. Die Lager sind seit Jahren zerstritten. Ich glaube aber, dass uns alle doch eigentlich das Gleiche eint: Wir wollen für unser Land das Beste.

Ich vergleiche das gern mit einem Fußballspiel: Bei einem Fußballspiel gibt es klare Regeln. Der Torwart darf den Ball in die Hand nehmen, die restlichen Spieler nicht. Es gibt pro Mannschaft elf Spieler, und es gibt einen Schiedsrichter, der dafür sorgt, dass alles funktioniert. Der Schiedsrichter ist in diesem Fall der Staat.

Der Staat hat das Spiel in den letzten Jahren meiner Meinung nach zu stark laufen lassen. Es gab sehr viele Foulspiele, die man zwar gesehen hat, man hat aber das Spiel bewusst laufen gelassen. Man hat nicht auf das Regelwerk gepocht. Man hat als Politik auch nicht darauf reagiert, den Veränderungen – manchmal gibt es im Fußball Veränderungen, der Videoassistent oder dergleichen wird eingeführt – in der Gesellschaft gerecht zu werden.

Dadurch hat sich das Spiel immer mehr zugespitzt. Die Tonart innerhalb der Fraktionen und auch innerhalb der Gesellschaft wurde rauer. Wir haben uns als Demokraten, aber auch als Gesellschaft entzweit, weil der Staat als Schiedsrichter nicht hart und konsequent durchgegriffen hat.

Ich fordere deswegen dazu auf, dass wir uns zusammensetzen, diese Probleme angehen und uns überlegen, was dieses Land jetzt braucht. Was braucht das bayerische Volk? Was brauchen unsere Bürgerinnen und Bürger? – Ich glaube, sie brauchen Antworten. Sie brauchen keine Lippenbekenntnisse, sie brauchen Antworten. Sie brauchen mutiges Vorangehen mit konsequentem Handeln.

Die Migrationspolitik ist einfach das Thema, das die Menschen aktuell in den Debatten, draußen am Stammtisch, an den Infoständen oder wo man sonst mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommt, am meisten beschäftigt. Wir brauchen Antworten. Wir liefern die Antworten. Wir müssen sie nur gemeinsam umsetzen. Verstecken wir uns jetzt bitte nicht wieder hinter irgendwelchen Rechtsfragen oder dergleichen.

Wir brauchen jetzt klare Botschaften für die Bürgerinnen und Bürger. Eine der klarsten Botschaften, was wir FREIE WÄHLER seit Langem fordern, ist einfach die Notwendig-

keit einer dramatischen Beschleunigung der Asylverfahren, zum Beispiel nach dem Vorbild der Schweiz. Wir müssen einfach schauen, dass wir die Asylverfahren von den Migrantinnen und Migranten und Asylsuchenden, die in unserem Land keine Duldungswahrscheinlichkeit haben, beschleunigen, im Idealfall auf 48 Stunden. Das sind doch die Botschaften, die wir senden müssen. Es darf nicht nur bei Botschaften bleiben. Am Ende muss das auch umgesetzt werden.

Wir müssen schauen, dass wir unsere Grenzen wirklich schützen. Wir müssen illegale Einwanderung stoppen. Das ist eine Forderung, die, glaube ich, alle Fraktionen hier im Plenum oder sonst wo unisono immer wieder aufgestellt haben. Wir müssen straffällige Migrantinnen und Migranten konsequent abschieben.

Ich glaube, das sind keine Botschaften, aufgrund derer man dann gleich in eine rechte Ecke gestellt werden kann. Das sind vernünftige Botschaften, die die Bürgerinnen und Bürger draußen auch verstehen.

Unsere Aufgabe als gewählte Volksvertreter, als Politiker besteht nicht darin, bei bloßen Lippenbekenntnissen zu bleiben, sondern wir müssen die Themen auch umzusetzen. Für eine Umsetzung braucht man natürlich Mehrheiten. Zu einer Umsetzung muss man Anträge stellen. Ich erwarte auch, dass die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN bei unserem Antrag heute mitgehen; denn die Forderungen sind meiner Meinung nach vernünftig, sie sind verständlich und sie sind die Handreichung, über die in Berlin gesprochen worden ist und die wir jetzt auch wieder machen. Wir FREIE WÄHLER stehen für eine Politik der Mitte. Liebe Kollegin Schulze, wir sind die ehrlichen Konservativen, die Sie vorhin angesprochen haben.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Stabile Konservative!)

Wir stehen für eine stabile Politik der Mitte. Wir sind fair, aber wir sind konsequent, und diese Konsequenz fordern wir jetzt ein.

Liebe Kollegen von der AfD, um bei dem Bild vom Fußball zu bleiben: Sie sind die Hooligans in dieser Geschichte.

(Zuruf der Abgeordneten Barbara Fuchs (GRÜNE))

Ihnen geht es nicht um das Spiel. Sie haben eine ganz andere Agenda: Sie wollen nur Ärger machen, Sie wollen das Spiel zerstören, und deswegen brauche ich mit Ihnen über diese Thematik überhaupt nicht zu diskutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Toni Schuberl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Bitte schön.

Toni Schuberl (GRÜNE): Ich habe eine Frage. Sie haben gesagt, die illegale Migration muss beendet werden. Da sind wir uns im Grundsatz einig;

(Lachen bei der AfD)

aber bei einer Frage wird es spannend, und dazu würde ich gerne Ihre Einschätzung hören: Wie stellen Sie sich legale Flucht nach Deutschland vor?

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Na ja, das Asylgesetz ist da ganz klar: Es sind politisch Verfolgte, und für die gibt es natürlich weiterhin Schutz. Alle anderen kommen so nach Deutschland rein. Wir sind kein angrenzendes, sicheres Drittland, also können Sie sich die Frage selber beantworten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE): Also niemand?)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Abgeordnete Florian Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte erinnert mich so ein bisschen daran, dass der Dieb ruft: Haltet den Dieb! – Gerade der Antrag der GRÜNEN hat, mit Verlaub, nicht nur grünen Geist geatmet. Der Antrag ist ein grünes Schreckgespenst. Sie fordern darin unter anderem, es sei "unbedingte Aufgabe aller staatlichen Ebenen […], aufzuklären, wie es zu dieser barbarischen Tat [in Aschaffenburg] kam".

Ich kann Ihnen schon erklären, wie es dazu kam. Es wurde heute schon zitiert, aber ich zitiere es gerne noch einmal. Eine Fraktionsvorsitzende, die beim Denken regelmäßig echt viel Pech hat, postet:

> "Morgen findet wieder eine Sammelabschiebung nach Afghanistan statt. Da blutet einem das Herz! Kommt zur Demo gegen die Abschiebung nach Afghanistan".

Das war Ihre grüne Fraktionsvorsitzende. Genau so kam es zu dieser grausamen Bluttat. Sie nehmen das Land mit Ihrer Toleranzromantik in Geiselhaft. Wer für Abschiebungen ist, wer für sichere Grenzen ist, der muss ein Nazi sein. Aber mir ist es ehrlich gesagt völlig wurscht, ob Ihnen das Herz bei einer Abschiebung blutet. Mein Herz blutet, wenn unsere Kinder von Ausländern bestialisch getötet werden, die niemals hier in diesem Land hätten sein dürfen.

(Beifall bei der AfD)

Was muss denn noch passieren? Wie viele Kinder müssen denn noch sterben, bis die GRÜNEN erkennen, dass es so etwas wie sichere Grenzen und auch Abschiebungen braucht? – Ihre Kollegin Frau Demirel hat gestern im Innenausschuss noch einmal betont, die GRÜNEN würden sich weiterhin gegen Abschiebungen nach Afghanistan einsetzen, wenn sich die Migranten friedlich hierzulande aufhalten wollen. – Entschuldigung, wer sich ohne Aufenthaltstitel in Deutschland aufhält, der begeht eine Straftat und ist eine Gefahr für die nationale und die öffentliche Sicherheit – Punkt!

(Beifall bei der AfD)

Ihr Antrag ist eine Mogelpackung. Sie fordern als Sofortmaßnahme "standardisierte, psychosoziale Anamnese bei der Erstaufnahme von Geflüchteten" und "ergänzend Aufbau von psychosozialen Zentren für Geflüchtete". Sie wollen also aus uns eine Nervenheilanstalt machen, zu der jeder Zugang hat, der seinen Pass wegwirft, auf gut Deutsch gesagt. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie für wahlberechtigte Deutsche, nicht für Geflüchtete im Landtag sitzen.

(Beifall bei der AfD)

Afghanische Messermörder, somalische Drogendealer und arabische Vergewaltiger dürfen nach dem Willen Ihres Antrags dennoch einreisen. Wo ist da die Rede von Zurückweisungen, von Abschiebungen, von Haftbefehlen gegen Ausländer, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sind? – Fehlanzeige, da steht gar nichts drin.

Genau das ist das grüne System; Sie wollen gar nicht, dass sich etwas ändert. Mit den GRÜNEN in Thüringen hat die damalige Landesregierung einen – in Zahlen: eins – Abschiebehaftplatz eingerichtet, aber auch nicht einmal in Thüringen, sondern in Rheinland-Pfalz. In grünen Wahlkreisbüros in Bayern wird das System der Bezahlkarte seit Jahr und Tag unterlaufen. Sie untergraben deutsches Recht bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Sie haben das in Thüringen so gemacht, Sie machen das in Deutschland so, und Sie machen es in der Europäischen Union ebenfalls. Sie machen das auch nicht seit gestern, sondern seit Jahrzehnten. Sie wollen mehr Migranten, und ausbaden muss es die Bevölkerung. Nicht Sie, wie Sie hier privilegiert im Landtag sitzen, sondern die Leute draußen zahlen den Preis, und der ist meist blutig.

(Beifall bei der AfD)

Ich höre, das grüne Spitzenpersonal meint, Migration sei kein Alltagsproblem. Der tägliche Einzelfall – Mannheim, Solingen, Magdeburg, Aschaffenburg – lässt grüßen. Das erklärt dann auch, dass auf diesen Demos gegen Rechts mit Festival-Atmosphäre fast nur weiße Deutsche und immer dieselben Migrantifa-Berufsaktivisten Haltung zeigen. Wo seid ihr denn, wenn auf den Straßen zur Vernichtung von Israel aufgerufen wird?

Wo? Wo seid ihr denn? Wann demonstriert ihr gegen Messerstecher, gegen Vergewaltiger, gegen Straftäter? Wann macht ihr das? – Dafür reicht die staatliche Förderung wahrscheinlich nicht aus.

(Widerspruch der Abgeordneten Sanne Kurz (GRÜNE))

Es muss sich etwas ändern, und im Bundestag hat sich gestern, wie sich gestern gezeigt hat, mit der AfD und nicht gegen die AfD eine Mehrheit gefunden. Die Bürger wollen die Migrationswende, und mit SPD und GRÜNEN wird es diese niemals geben.

Zu den FREIEN WÄHLERN, den ehrlichen Konservativen, sage ich auch noch einen Satz. Der Digitalminister hat vor ein paar Minuten auf Instagram gepostet: "Friedrich Merz hat einen historischen Fehler gemacht!" – Ja, ich kann mir schon vorstellen, warum das in Ihren Augen ein Fehler ist: Ihnen geht es um Befindlichkeiten; uns geht es um das Handeln. Ihnen ist es wichtiger, bei der nächsten Demo gegen Rechts zu sprechen; uns ist das Land wichtiger.

(Beifall bei der AfD)

Da bleibt nur eines: Die Brandmauer muss fallen, damit unsere Kinder frei und sicher leben können. Wer die Folgen der dümmsten Migrationspolitik nicht mehr ertragen und ausbaden will, dem bleibt gar nichts anderes übrig, als die AfD zu unterstützen und mit ihr die Festung Deutschland und die Festung Europa. Sie schützt unsere Freiheit, unsere Identität, unseren Wohlstand. Die Menschen wollen Veränderung, und genau diese Veränderung können sie am 23. Februar wählen. Ich bin zuversichtlich, dass die Menschen selbst entscheiden können, wen sie wählen werden.

Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Prof. Dr. Bausback für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Schon einige Redner haben angesprochen, was in Aschaffenburg passiert ist: der schreckliche Mord an einem kleinen zweijährigen Kind, die Tötung eines Helfers, die Verletzung anderer Personen. Das ist unbegreiflich, das macht sprachlos, und das hat viele Menschen in Bayern bewegt. Ich bin Aschaffenburger, genauso wie die Kollegin Fehlner. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe in Aschaffenburg niemanden getroffen, den das nicht tief berührt hat und der nicht tief geschockt war über dieses Geschehen in einem Bereich, den wir in Aschaffenburg alle kennen, der im Herzen der Stadt liegt. Natürlich sind die Herzen der Menschen bei den Opfern, bei den Verletzten, und unser tiefes Mitgefühl und die besten Genesungswünsche gelten diesen Opfern.

Auch das Folgende ist schon angesprochen worden – es gehört aber bei all dem Leid, das wir angesichts der Gewalttat in Aschaffenburg erleben mussten, auch dazu: Die Hilfe der Rettungskräfte, der Polizei, der Stadtverwaltung und aller, die sich eingesetzt haben, war wirklich beeindruckend. Den Helfern, die zuerst vor Ort waren, ist zu wünschen, dass sie das Geschehene verarbeiten. Es ist ein Wahnsinn. Man wird es sicherlich nie ganz begreifen, was dort passiert ist, besonders, wenn man selber Kinder hat. Es ist aber geschehen, und wir können es nicht rückgängig machen.

Es ist wahrscheinlich unvermeidbar, dass man nach so einer Tat auch im politischen Bereich darüber diskutiert, was geschehen kann, damit man ein solches Geschehen in der Zukunft besser versucht zu verhindern, damit wir Sicherheit und Freiheit besser schützen. Sicherheit und Freiheit sind etwas, was unseren Staat und unsere Gesellschaft ausmacht. Auch wenn das hart ist, ist eine solche Diskussion notwendig.

Frau Schulze und Herr Grießhammer, ehrlich gesagt, Sie haben sehr viel über eine polemisierte und vermeintliche Brandmauer, die angeblich abgebaut wurde, geredet. Ich habe von Ihnen beiden aber keinerlei konkreten Vorschlag und keinen Punkt gehört, wo Sie konkret sagen: Das können wir jetzt anders machen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Wir haben vier Punkte genannt!)

Sie haben sich mit der Brandmauer auseinandergesetzt.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Wir haben vier Punkte genannt!)

In Ihrer Rede haben Sie wie auch die AfD behauptet, dass die Union eine Brandmauer abgebaut habe. Das stimmt nicht.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Doch!)

Wir haben nicht mit der AfD zusammengearbeitet und werden mit ihr auch nicht zusammenarbeiten.

(Widerspruch bei der AfD)

Wir werden nicht mit denen zusammenarbeiten, die nach einer solchen Tat einen Herrn Höcke nach Aschaffenburg einladen.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Die Polizei hat in Aschaffenburg über viele Tage hinweg viel geleistet. Sie sollte eigentlich durch den Besuch eines Radikalen nicht noch einmal belastet werden, weil er den Tatort aufsuchen will. Mit so einer Kraft werden wir nicht zusammenarbeiten. Die Union hat ihre Vorschläge vorgebracht. Das ist mit Sicherheit – das haben der Fraktionsvorsitzende und auch Herr Locke ausgeführt – kein Abbauen von Brandmauern, sondern eine demokratische Selbstverständlichkeit.

(Zurufe von den GRÜNEN, der SPD und der AfD)

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass man eigene Vorschläge in die Diskussion einbringt und vorbringt. Sie hingegen haben keinen Vorschlag gemacht.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Doch!)

Herr Grießhammer, Sie haben uns sogar vorgeworfen, wir hätten den Tisch der Demokraten verlassen.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Genau!)

Ich finde das unglaublich. Das ist eine Beleidigung!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von den GRÜNEN: Sie haben ihn verlassen!)

Herr Grießhammer und Frau Schulze, Sie könnten durchaus etwas tun. Herr Grießhammer, Sie könnten den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der SPD zuhören. Frau Schulze, Sie könnten Miltenbergs Landrat von den GRÜNEN, dem Kollegen Scherf, einmal zuhören. Sie beide sollten die Situation der Kommunen wahrnehmen. Sie sollten wahrnehmen, dass die Bürgermeister und Landräte sagen: Wir sind überlastet, wir schaffen das nicht mehr.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es gibt so viele Beispiele, die ich an dieser Stelle nennen könnte. Herr Grießhammer, Ihr Bundesgesundheitsminister,

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Herr Lauterbach, wird in der Presse zitiert – ich habe es im Berliner "Tagesspiegel" gelesen, sicherlich wird er auch von anderen Medien zitiert –: 30 % der Asylbewerber und Flüchtlinge haben eine psychische Erkrankung bzw. sind psychisch krank. – Wenn Sie in Medien wie zum Beispiel das "Deutsche Ärzteblatt" schauen und sich informieren, dann stellen Sie fest, dass es in Deutschland an Psychiatern und psychotherapeutischen Ärzte mangelt. Wir haben eine Unterversorgung, die wir so schnell nicht beheben können. Wir sind überfordert. Wir haben überhaupt nicht die Möglichkeit, all denen, die psychisch krank sind, in den Asylbewerberunterkünften eine angemessene Versorgung zukommen zu lassen. Ehrlich gesagt können wir in dieser Hinsicht genauso wenig allen Bedürftigen der autochthonen Bevölkerung angemessen helfen. Fragen Sie doch mal Eltern, die für ihr Kind einen solchen Spezialisten suchen, wie lange sie warten müssen. Das ist ein Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das Problem wird aber dadurch noch größer, dass wir wegen der Flüchtlinge bzw. Asylbewerber Aufgaben im Land haben, die wir nicht bewältigen können. Wir haben Aufgaben im Bereich der Wohnungsversorgung usw. Wir müssen etwas ändern. Die Union hat den Vorschlag gemacht, dass wir zunächst einen Aufnahmestopp verhängen. Das ist europarechtskonform möglich. Hören Sie auf Prof. Hans-Jürgen Papier oder Prof. Peter Michael Huber, die sich dazu geäußert haben. Wir müssen europäisches Recht einhalten, ja. Wir müssen deutsche Gesetze ändern, ja. Wir können aber in dieser Situation einen Aufnahmestopp durchsetzen, weil es notwendig ist, um die Situation im Land stabil zu halten.

Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck hat das meines Erachtens sehr gut auf den Punkt gebracht, indem er gesagt hat: Unsere Herzen sind weit, aber unsere Möglichkeiten sind begrenzt. – Wir müssen etwas tun. Die Union will etwas tun und hat ihre Vorschläge eingebracht. Das ist kein Abbauen von Brandmauern, sondern das ist legitim. Wir hätten erwartet, dass Sie in Berlin mit Ihren Parteien zustimmen und nicht davon schwafeln, dass die Brandmauer abgebaut würde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Anna Rasehorn (SPD): Sie hätten im Bundestag nicht mit der AfD abstimmen müssen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt viele Punkte, an denen wir ansetzen müssen. Wir müssen auch im Bereich des Datenschutzes etwas verändern.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Richtig!)

Wir müssen die Möglichkeiten unserer Behörden verbessern und die Gefährder-Register schärfen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Wir haben dazu Vorschläge gemacht!)

Wir brauchen bessere Möglichkeiten gegenüber Gefährdern, auch wenn sie keine Extremisten sind, um Informationen der Behörden zusammenzuführen zu können.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Wir haben Vorschläge dazu gemacht!)

Aber in der Vergangenheit sind Vorschläge gerade an den GRÜNEN und den Roten gescheitert und nicht an uns.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Wir haben dazu einen Dringlichkeitsantrag eingebracht!)

Frau Kollegin Schulze, wenn Sie auf die europäische Ebene schauen, dann haben die GRÜNEN, wenn ich richtig informiert bin, auf europäischer Ebene bisher verhindert, dass es zentrale Aufnahmeeinrichtungen gibt.

Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie: Scheinheiligkeit ist bekanntlich der Tribut der Tugend an das Laster. Wenn hier diejenigen, die uns vorwerfen, vermeintlich eine Brandmauer einzureißen, im Bundestag im Schulterschluss mit der AfD die Beschlussunfähigkeit des Deutschen Bundestages herbeiführen, und zwar aus dem einzigen Grund – so schreibt es Wolfgang Kubicki –, um nicht über die auf Betreiben von FDP und CDU im Haushaltsausschuss beschlossene Hilfe für die Ukraine abstimmen zu müssen, dann scheint das in Ordnung zu sein. Aber wenn die Union im Bundestag ihre Vorschläge einbringt, dann ist das ein demokratischer Verstoß. Also, mir leuchtet das nicht ein. Das ist Scheinheiligkeit ohne Ende!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen in unserem Land etwas ändern, weil Freiheit und Sicherheit das sind, was unser Land ausmacht und prägt und was wir für unsere Kinder und Enkelkinder in unserem Land erhalten sollten. Deshalb ist es so zentral, jetzt konkret Maßnahmen zu besprechen. Wir dürfen nicht nur über das scheinbare Niederreißen einer Brandmauer reden, sondern wir müssen darüber

reden, was wir konkret tun können, damit es besser wird. Die Union hat Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wir haben hier im Bayerischen Landtag Vorschläge auf den Tisch gelegt. In der Tat erwarten wir, dass Sie von den GRÜNEN und der SPD unseren Vorschlägen auch zustimmen.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Das können Sie tun. Dann stellen Sie unter Beweis, dass Sie nicht scheinheilig sind und nicht nur eine Gesinnung, sondern eine Haltung haben; denn – das ist mein letzter Satz – wissen Sie, was die Haltung von der Gesinnung unterscheidet? – Haltung ist Gesinnung mit Verantwortungsbewusstsein. Im Sinne von Max Weber: Echte Haltung ist Verantwortungsethik und nicht Gesinnungsethik, so wie Sie sie vertreten, indem Sie die Probleme einfach ausblenden und immer, wenn es um konkrete Maßnahmen geht,

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

die die Situation im Land verbessern, sagen, das machen wir nicht mit. Das ist scheinheilig! Hören Sie auf damit, und unternehmen Sie konkrete Schritte mit uns, damit die Radikalen auf der rechten Seite nicht noch stärker werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Florian von Brunn vor. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Geschätzter Herr Kollege Bausback, mich irritiert, dass eigentlich kein Redner der CSU bisher auf das eingegangen ist, was schon zweimal angesprochen worden ist, nämlich dass der mutmaßliche Täter 18-mal mit Straftaten auffällig geworden und dreimal psychiatrisch untergebracht worden ist und dass ihm auch vorgeworfen worden ist – dazu gibt es Presseberichte –, eine Ukrainerin in einer Unterkunft mit einem Messer angegriffen zu haben. Jetzt kann man sagen, das reicht

alles nicht aus, um ihn in Haft zu nehmen. Klimaaktivisten, die Straßen blockierten, konnte man in Präventivhaft nehmen. Ich verstehe nicht, warum keine bayerische Behörde, für die Sie verantwortlich sind, eine E-Mail ans BAMF geschrieben hat mit dem Hinweis, wir haben hier jemanden, der 18-mal auffällig geworden und dreimal untergebracht worden ist, bitte beschleunigt eure Verfahren! – Damit müssten Sie sich einmal selbstkritisch auseinandersetzen. Das würde ich mir von Ihnen wünschen.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege von Brunn, ich war gestern im Wissenschaftsausschuss, sonst wäre ich als Gast in den Innenausschuss gekommen. Herr Staatsminister Herrmann hat im Innenausschuss – so haben es mir die Kollegen berichtet – und auch im Arbeitskreis der Innenpolitiker, in dem ich dabei war, sehr ausführlich zu all den Vorgängen Stellung genommen, auch zu den Verfahren. Das ist sicherlich nicht abgeschlossen. Die bayerischen Behörden werden sich den Sachverhalt sehr, sehr genau ansehen. Herr von Brunn, das BAMF war in diesem Fall aber – so hat es der Innenminister gestern ausgeführt und auch überzeugend dargelegt – hoffnungslos überlastet. Herr von Brunn, die Justiz ist unabhängig. Die rechtlichen Verfahren werden sicherlich noch einmal unter die Lupe genommen, aber eines ist klar – und hier fordere ich Sie auf, gemeinsam mit uns konkrete Schritte zu unternehmen –: Wir müssen die Verfahren betrachten und Rechtsvorschriften verändern.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Die rechtlichen Grundlagen für die Handlungen sind im Moment nicht ausreichend.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit ist um!

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): – Danke schön. Entschuldigung.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen keine weiteren Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich bekannt, dass auch die SPD-Fraktion für ihren Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 19/4726 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Florian Siekmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege Bausback, wir GRÜNE haben eine klare Haltung, wenn es um solche Taten geht, nämlich die Haltung, Verantwortung für die Menschen und die Sicherheit der Menschen in diesem Land sowie gegenüber den Opfern und Hinterbliebenen einer solchen Tat zu übernehmen, das heißt, sicherheitspolitisch die richtigen Konsequenzen mit der notwendigen Ernsthaftigkeit zu ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist nicht die notwendige Ernsthaftigkeit, Mehrheiten mit der AfD zu suchen, anderen Anträge nach dem Motto "Friss oder stirb!" vorzuwerfen oder Verantwortung zwischen Bayern und Berlin hin- und herzuschieben.

Herr Holetschek, Sie haben gesagt, die Verantwortung tragen am Ende nicht die einzelnen Behördenmitarbeiter, sondern diejenigen in der politischen Steuerung, die die Verantwortung für die Rahmenbedingungen tragen, unter denen die Mitarbeiter am Ende arbeiten, und das stimmt.

(Michael Hofmann (CSU): Bei einer Überlastung, ja!)

Wenn es um eine sicherheitspolitische Frage und die Frage der Gefahrenabwehr geht, trägt diese Verantwortung das Land Bayern bzw. die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Wer ist denn für die Überlastung verantwortlich? – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist doch Wahnsinn!)

Deswegen möchte ich auch mit der notwendigen Ernsthaftigkeit eine Debatte darüber führen, wie wir künftig besser mit psychisch erkrankten Gewalttätern umgehen können. Sehen Sie, ich stehe hier nicht und fordere den Rücktritt des Innenministers. Ich stehe hier und fordere, dass wir über die richtigen Konsequenzen aus dieser Tat sprechen.

(Michael Hofmann (CSU): Das wäre auch noch schöner! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist eine Frechheit!)

Sie, Herr Bausback, haben sich Vorschläge gewünscht, und genau die stehen in unserem Antrag. Ein Vorschlag lautet, eine neue Gefährder-Kategorie einzuführen, weil wir sehen, dass uns diese Gruppe von Personen, welcher Staatsangehörigkeit oder Herkunft auch immer, zunehmend im sicherheitspolitischen Gefüge Sorgen bereitet, weil Täter mit unklarer Motivlage, Gewaltbereitschaft und psychischer Erkrankung schwer zu fassen und damit auch schwierig zu beobachten und zu verfolgen sind.

Wir legen aber auch Vorschläge im Bereich Asyl vor. Wir schlagen konkret vor, die Verantwortlichkeiten für das Dublin-Verfahren allein beim Bund zu bündeln; denn schon jetzt ist es so, dass das BAMF verfahrensleitend ist. Es ist auch nicht so, dass in diesem Bereich nichts passiert wäre, Kolleginnen und Kollegen. Wir haben hier als GRÜNE – auch das ist eine klare Haltung – zwei Säulen: Die eine ist Ordnung und Rückführung derjenigen, die unsere Werte nicht teilen und Gesetze missachten. Das Asylverfahrensgesetz ist geändert worden. Wir haben das Rückführungsverbesserungsgesetz eingeführt und die GEAS-Reform ausverhandelt, trotz aller Hängepartien in Europa. Die andere Säule ist aber die Menschlichkeit und die Chance für diejenigen, die sich integrieren wollen und hier anstrengen; denn diese brauchen wir, und auf sie ist unsere Gesellschaft angewiesen. Auch denen haben wir mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz oder dem Chancen-Aufenthaltsrecht ein Angebot unterbreitet.

Sie reduzieren in dem Bereich gerne alles auf einen Tweet unserer Fraktionsvorsitzenden.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das waren mehrere!)

Dazu will ich sagen: Damals, im Jahr 2018, ging es um eine Sammelabschiebung zum 69. Geburtstag des Bundesinnenministers Seehofer. Betroffen waren 69 Personen. 50 von ihnen haben sich in unserem Land nichts zuschulden kommen lassen. Etliche sind aus Berufsschulen und Betrieben abgeschoben worden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es wird alles gerechtfertigt und keine Verantwortung übernommen!)

Dagegen haben wir uns damals gewandt, und wir waren nicht die Einzigen, es waren viele im Land. Darüber haben wir damals hier im Landtag erwachsener und besser diskutiert, als wir das heute tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die Tür steht offen für eine Debatte über Konsequenzen auf allen Ebenen. Ich weiß, dass das in einem Bundestagswahlkampf schwerfällt. Es sind noch drei Wochen bis zur Wahl; das erzeugt bei allen Aufregung. Ich finde aber, wir sind es den Menschen hier – und Sie haben dafür am Anfang bewegende Worte gefunden –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Siekmann, Ihre Redezeit ist beendet.

Florian Siekmann (GRÜNE): – schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön.

Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Prof. Bausback, CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Siekmann, ich habe zwei kurze Fragen: Wie viele Abschiebeflüge mit schweren Straftätern nach Afghanistan wurden unter der Verantwortung der amtierenden Bundesregierung und der Bundesinnenministerin in den letzten Jahren organisiert? Ist es richtig, dass der einzige Flug, der stattgefunden hat, kurz vor der Wahl in den neuen Ländern stattgefunden hat?

Die zweite Frage lautet: Wie stellen Sie sich zum Familiennachzug und zum subsidiären Schutz?

Florian Siekmann (GRÜNE): Ich beginne mit dem Familiennachzug. Schon jetzt ist der Familiennachzug streng kontingentiert. Pro Monat können maximal 1.000 Visa ausgestellt werden. Vorrang haben kleine Kinder und jüngere Leute, die auf eine Zusammenführung angewiesen sind. Wir tun, glaube ich, gut daran, wenn wir humanitäre Punkte im Einzelfall in Betracht ziehen und Sie den Familiennachzug als christliche Partei nicht völlig in Zweifel ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Punkt: Abschiebungen nach Afghanistan. Kolleginnen und Kollegen, ich habe nur noch 15 Sekunden Zeit. Seien wir doch mal ehrlich: Alle oder die großen Fraktionen im Bundestag haben jahrelang Mandate für den Einsatz in Afghanistan unterstützt. Am Ende wurde in einer maximal schwierigen Lage im Jahr 2021 das Land verlassen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wie viele waren es? – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wie viele waren es? – Unruhe)

Die Taliban haben die Macht übernommen. Seitdem gab es einen Rückflug, der über den Bund organisiert worden ist. Die Umstände in Afghanistan sind immer noch schwierig. Es soll jetzt ein weiterer Rückflug folgen.

Ich persönlich habe kein Problem damit, und unsere Fraktion hat auch kein Problem damit, weitere gefährliche Straf- und Gewalttäter dorthin zurückzuführen, falls die Umstände in Afghanistan –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Siekmann.

Florian Siekmann (GRÜNE): – und die über andere Länder erfolgenden Verhandlungen mit den Taliban das am Ende tatsächlich ermöglichen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege Siekmann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächster Redner ist Herr Kollege Wolfgang Hauber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Die schrecklichen Taten von Mannheim, Solingen, Magdeburg und jetzt auch im bayerischen Aschaffenburg haben eine Debatte um die Sicherheitspolitik in Deutschland losgetreten. Die Debatte ist heute mit voller Wucht hier bei uns im Bayerischen Landtag angekommen. Beleg hierfür sind die vier Dringlichkeitsanträge zum Thema und die intensive Debatte.

Es ist wichtig, dass wir darüber diskutieren. Noch wichtiger ist es aber, Lösungen zu finden. Die Menschen in Deutschland und Bayern sollen sich weiterhin sicher fühlen. Leider bestimmen in diesem Zusammenhang gerade fast ausschließlich die Ausländer- und Migrationspolitik die Schlagzeilen. Sicherlich sind sie ein Teil des Problems; aber nicht das einzige. Deutschland ist das Wunschziel von zu vielen Menschen. Die Migration muss begrenzt werden.

Wer sich unrechtmäßig in Deutschland aufhält, muss unser Land verlassen. Dies sollte Konsens unter allen demokratischen Parteien sein. Ich verstehe nicht, dass man

sich hierzu in Berlin nicht zu einem tragfähigen Kompromiss durchringen konnte. Auch Ihre Parteien sollten in den Spiegel schauen; denn sie wären ein Teil der Lösung gewesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zurück zur Tat in Aschaffenburg: Der Täter ist Ausländer. Er hätte nicht mehr in Deutschland sein dürfen. Die Verantwortung hierfür hat das Bundesamt für Asyl und Flüchtlinge übernommen. Gestern hat Staatsminister Joachim Herrmann den Landtag im hierfür zuständigen Innenausschuss zu allen Umständen des Falls umfassend informiert. Dafür herzlichen Dank!

Daher laufen die Dringlichkeitsanträge, die diese Information einfordern, aus meiner Sicht ins Leere. Ich stelle mir die Frage: Wie hätte die Tat verhindert werden können, wenn der Täter Deutscher gewesen wäre? – Es war kein Terrorakt. Es war offenbar kein Extremist. Es war auch keine ausländerspezifische Straftat. Der Täter war eine psychisch kranke Person. Wir müssen uns also Gedanken machen, wie wir Gefahren ausgehend von psychisch kranken, fremdgefährdenden Menschen reduzieren können.

Das Bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz ist ein Gefahrenabwehrgesetz. Es enthält unter anderem Befugnisse für die Polizei und für Sicherheitsbehörden. Es ist ein bayerisches Gesetz. Wir müssen dieses Gesetz genauer anschauen. Eine Stigmatisierung psychisch kranker Menschen soll verhindert werden; aber die Möglichkeiten der Gefahrenabwehr müssen ausgelotet und nachgebessert werden.

Jetzt zum Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN: Der Dringlichkeitsantrag bezieht sich nicht explizit auf den Fall von Aschaffenburg. Es ist vielmehr ein sicherheitspolitischer Rundumschlag. Er drückt aus, wo wir stehen und wo Handlungsbedarf besteht. Bayern ist das sicherste Bundesland. Wir als FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion sehen darin die Bestätigung der bayerischen Sicherheitspolitik der jüngsten Vergangenheit. Mit einem kontinuierlichen Investment in die Sicherheit unserer

Bürgerinnen und Bürger und einer Stärkung der Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen konnten wir diesen Spitzenplatz seit vielen Jahren bewahren.

Die Zeit bleibt nicht stehen, auch Kriminalität entwickelt sich weiter. Nicht nur die Taten von Mannheim, Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg zeigen: Wir brauchen bundesweit eine echte Zeitenwende in der Inneren Sicherheit. Deutschlands Sicherheitsbehörden müssen im digitalen Raum endlich auf Augenhöhe mit anderen europäischen Staaten agieren.

Von der sinnvollen Speicherung von Internetverkehrsdaten bis hin zur Prüfung eines weitgehenden Einsatzes künstlicher Intelligenz, etwa für die biometrische Gesichtserkennung bei der Videoüberwachung, müssen wir unseren Sicherheitsbehörden wirksame Werkzeuge in die Hand geben. Insgesamt muss der Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden untereinander und mit anderen Behörden deutlich verbessert werden. Daneben muss auch die Reaktionszeit der Behörden optimiert werden, um effektive Kriminalitätsbekämpfung zu ermöglichen. Sicherheitspolitische Verbesserungen müssen mit migrationspolitischen Verbesserungen Hand in Hand gehen.

Wir als FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion fordern vom Bund, die irreguläre Migration endlich wirksam zu unterbinden und Zurückweisungen an den Grenzen zu ermöglichen. Wer über ein sicheres Drittland einreisen will, ist konsequent zurückzuweisen. Die Zahl der Abschiebungen muss spürbar erhöht werden. Straffällig gewordene Asylbewerber müssen auch nach Syrien und Afghanistan konsequenter als bislang abgeschoben werden können.

Eine Wende in der Asylpolitik ist Grundvoraussetzung, um die zuständigen Behörden zu entlasten, Probleme bei der Integration zu bewältigen und bei Radikalisierungsprozessen schneller eingreifen zu können. Der Erhalt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist eine Kernaufgabe des Staates. An ihr misst sich auch die Funktionsfähigkeit unserer demokratischen Staatsordnung. Wir stehen somit in der Pflicht, sie sowohl

für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger im Alltag als auch zum Schutz unserer Demokratie gegen ihre Feinde von innen und außen bestmöglich zu erhalten.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Er ist wegweisend für die Sicherheitspolitik in Deutschland und in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hauber. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Christiane Feichtmeier für die SPD-Fraktion.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern trauert. Wir alle trauern um ein kleines Kind und einen mutigen Helfer, die am 22. Januar in Aschaffenburg auf grausame Weise aus dem Leben gerissen wurden – eine unfassbare Tat, die uns als Gesellschaft erschüttert und die viele Fragen aufwirft. Die Menschen in Bayern erwarten Antworten. Sie erwarten konsequentes Handeln und tragfähige Lösungen, damit sich eine solche Tragödie nicht wiederholt.

Unsere erste Verantwortung als Politik ist es, Sicherheit zu gewährleisten. Deshalb müssen wir unsere Polizei und die zuständigen Behörden so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben effektiv erfüllen können; aber auch die Kommunikation zwischen den zuständigen Stellen muss reibungslos funktionieren. Abschiebungen von schweren Straftätern müssen konsequent und beschleunigt durchgeführt werden, wo rechtlich möglich. Hier dürfen keine Vollzugsdefizite bestehen bleiben, die am Ende Menschenleben gefährden.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig dürfen wir nicht den Fehler machen, Schuldzuweisungen zum politischen Spielball zu machen. Es braucht eine sachliche und umfassende Aufklärung, und es braucht Konsequenzen. Wir fordern die Staatsregierung auf, mögliche Fehler in den

Abläufen offen zu analysieren und den Landtag sowie die Öffentlichkeit darüber transparent zu informieren.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld ist die psychiatrische Versorgung in Flüchtlingsunterkünften. Der Fall in Aschaffenburg hat uns erneut vor Augen geführt, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen, die eine Gefahr für sich oder andere darstellen können, frühzeitig erkannt werden müssen. Wir brauchen hier eine bessere Ausstattung, mehr Fachpersonal und klar definierte Verfahren, um rechtzeitig eingreifen zu können. Die Änderungen des Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes müssen in diesem Zusammenhang überprüft und verbessert werden. Wir stehen vor komplexen Herausforderungen, die wir nicht durch einfache Parolen oder ideologische Spaltung lösen können. Wir dürfen die Tat von Aschaffenburg nicht mit der Abwehr von Migration und dem Schüren von Angst vor Migration verknüpfen.

(Beifall bei der SPD)

Eine Zusammenarbeit mit Rechtsextremen, die versuchen, solche Themen für ihre menschenverachtende Agenda zu instrumentalisieren, kommt für uns nicht in Frage.

(Beifall bei der SPD)

Der Schutz unserer Demokratie bedeutet auch, sich klar gegen Hetze und Spaltung zu stellen. Meine Damen und Herren, Hohes Haus, wir fordern die Staatsregierung auf, jetzt entschlossen zu handeln. Machen Sie sich für eine Migrationspolitik stark, die menschlich ist und das Asylrecht achtet. Ich bitte Sie, dem von der Bundesregierung eingebrachten Sicherheitspaket im Bundesrat zuzustimmen. Arbeiten Sie konstruktiv mit der Bundesregierung an einer europäischen Lösung für die Asylpolitik. Sorgen Sie dafür, dass unser Rechtsstaat handlungsfähig bleibt und dass Bayern für alle Menschen ein sicherer Ort ist; denn Menschen mit Migrationshintergrund bereichern unsere Gesellschaft und fördern unsere Wirtschaft.

Stimmen Sie den konstruktiven Forderungen unseres Dringlichkeitsantrags zu!

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Feichtmeier. – Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel von der CSU-Fraktion vor.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Frau Kollegin Feichtmeier, ich hätte eine Frage zu den undemokratischen Bemerkungen, die heute schon gefallen sind. Sie sagen gerade, die Zusammenarbeit mit Rechtsextremen käme für Sie nicht infrage. Können Sie mir dann erklären, warum Rot-Grün, die im Bundestag derzeit über keine Mehrheit verfügen und immer Partner brauchen, gestern Abend oder heute Nacht wissentlich gemeinsam mit der AfD einen Antrag gegen die CDU und die FDP durchgebracht haben?

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Christiane Feichtmeier (SPD): Ich würde Sie bitten, mir zu erklären, was unsere Bundestagsfraktion bei diesem Antrag gemacht hat; denn ich kann Ihnen diese Frage nicht beantworten. Das gehört auch nicht hierher.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das gehört schon hier rein!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Feichtmeier. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Karl Straub von der CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte den Bürgern von Aschaffenburg und den Verletzten meine tiefe Betroffenheit aussprechen. Lieber Winfried Bausback und liebe Frau Staatsministerin Judith Gerlach, ich bin über dieses Ereignis tief betroffen. Ich darf seit dem Jahr 2013 in diesem Hause die Asylpolitik vertreten. Liebe Petra Guttenberger, als du mir damals

sagtest, "du machst jetzt Asylpolitik", war ich im ersten Moment nicht begeistert. Seitdem tue ich das mit voller Leidenschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich tue das mit voller Leidenschaft, weil die CSU seit 2013 kein einziges Wort zurücknehmen muss. Unser Prinzip war immer Humanität und Ordnung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte in der heutigen Debatte feststellen, dass es für mich eine große Ehre ist, Integrationsbeauftragter sein zu dürfen. Ich erinnere an die vielen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte hier in Bayern, die einen hervorragenden Teil zu Bayern beitragen. Ich möchte mich bei ihnen ganz herzlich bedanken. Das ist der Kernunterschied zur AfD.

(Beifall bei der CSU)

Mir tut es persönlich tief im Herzen weh, wenn uns der Vorwurf gemacht wird, die Brandmauer werde nicht mehr ernstgenommen. Ich darf morgen wieder zu meinen islamischen Freunden nach Penzberg fahren, weil diese von Rechtsaußen angegriffen werden. Die AfD hat Pläne, Millionen von Menschen zu remigrieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Ralf Stadler (AfD): Wir wollen abschieben! – Zuruf von der AfD: Lüge!)

Bei mir fällt die Brandmauer aus tiefster Überzeugung nicht. Ich habe mit Rechtsaußen nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Herr Siekmann, es ist sehr gnädig von Ihnen, dass Sie Herrn Innenminister Herrmann nicht zum Rücktritt auffordern. Ich möchte mich bei unserem Innenminister

ganz herzlich bedanken, dem besten Innenminister in Deutschland. Lieber Joachim Herrmann, danke, dass es dich gibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden, schauen Sie genau hin, was der Bundeskanzler im ersten Moment tut, wenn eine solche Tat passiert. Er schiebt Ihnen die Schuld zu.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

Die Behörden leisten seit 2013 hervorragende Arbeit. Sie sind massiv überlastet. Herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden, die diese Belastung ausgehalten haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte jetzt nicht polemisch werden und auf das Erinnerungsvermögen des Kanzlers eingehen. Im Jahr 2018 lag der Masterplan Migration vor: Humanität und Ordnung. Damals ging es um 200.000 Menschen, die wir jährlich aufnehmen wollten. Darüber diskutieren wir leider überhaupt nicht mehr. Hätten Sie diesem Masterplan damals zugestimmt, hätten wir im Land eine andere Situation.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Katharina Schulze – sie ist jetzt nicht mehr hier.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Doch!)

– Ach, da oben ist sie. – Frau Kollegin Schulze, Sie sind keine Partei der Mitte mehr. Ich war zehn Jahre lang im Petitionsausschuss und habe dort voller Leidenschaft gearbeitet. Bei jeder Abschiebung oder Rückführung nach dem Dublin-Verfahren nach Bulgarien, Italien oder Griechenland haben sich die GRÜNEN widersetzt. Unter den damaligen Fällen befanden sich auch Straftäter, wenn auch keine schweren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Allerbeste ist Ihr Bundesvorsitzender – ich weiß tatsächlich den Namen nicht –, der das Problem dadurch lösen will, indem jeder Asylbewerber einem Psychoscreening unterzogen wird. Dieser Mann war noch nie in einer Asylunterkunft. Herzlichen Dank an alle Mitarbeiter von Refugio, die psychologische Hilfe anbieten. Wir können jedoch die Menschen nicht zwingen, diese Hilfe anzunehmen.

(Beifall bei der CSU)

Sie predigen in Ihrer Rede Humanität. Ihre Flüchtlingspolitik ist aber alles andere als human. Sie ist nicht fair, und sie ist nicht human. Liebe Ampel-Regierung erklären Sie mir einmal, warum Sie die Mittel für Integration im Bundeshaushalt von 1,4 Milliarden Euro auf 500 Millionen Euro gekürzt haben.

(Beifall bei der CSU)

Es hat mit Humanität nichts, aber gar nichts zu tun, immer mehr Menschen ins Land zu lassen und dann die Gelder zu kürzen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluss möchte ich mich für die Meldung zu einer Zwischenbemerkung bedanken, egal von wem sie kommt; denn dann kann ich meinen Emotionen weiter freien Lauf lassen.

(Beifall bei der CSU)

Die CDU/CSU hat gestern keine Koalition mit der AfD geschlossen. Die CDU/CSU hat gestern eine Koalition mit der deutschen Bevölkerung geschlossen.

(Beifall bei der CSU)

Die deutsche Bevölkerung besteht aus Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. Das möchte ich ganz ausdrücklich betonen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Florian Siekmann vom BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vor.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege Straub, Sie haben als Integrationsbeauftragter einen Punkt angesprochen, den wir auch in unserem Plan stehen haben, nämlich die Durchführung der Erstanamnese in den Unterkünften. In Bayern besteht das Problem darin, dass Einrichtungen wie der Verein Refugio, der sich dieser Aufgabe widmet, vom Freistaat, der für die Unterbringung zuständig ist, keinen einzigen Cent bekommen. Refugio muss sich allein aus Spenden finanzieren. In Ländern wie Baden-Württemberg werden die Kosten hierfür vom Staat übernommen.

Ich teile Ihren Wunsch, dieses Problem mit Pragmatismus anzugehen. Wie wäre es aber, für diese Aufgabe zeitnah Geld loszumachen, statt sich darüber zu beschweren, dass von einem anderen nicht genug Geld kommt. Wir sollten Teil der Lösung sein, nicht Teil der aufgeladenen Debatte. Ich denke, uns allen tut es gut, mit der nötigen Ernsthaftigkeit aus dieser Tat Lösungen zu entwickeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Straub, bitte.

Karl Straub (CSU): Lieber Herr Siekmann, ich versuche das seit 2013 mit aller Ernsthaftigkeit. Ehrlich gesagt bin ich es leid, mich hierherzustellen und immer wieder europäische Lösungen anzumahnen.Zudem – Herr Innenminister Herrmann hat sicherlich die Zahlen dabei – wird Refugio natürlich unterstützt.

Ich möchte aber immer wieder auf das gleiche Problem zurückkommen. Das Problem ist, dass wir eine Begrenzung der Zuwanderung brauchen, um den Menschen, die zu uns kommen, gerecht zu werden. Natürlich ist der Vorschlag, dass man jeden einem

Psychoscreening unterzieht, dass jeder zu einem Psychologen geht, vernünftig. Wir haben dafür aber bei Weitem nicht die personellen Ressourcen.

Da darf ich das aufgreifen, was Prof. Winfried Bausback schon angesprochen hat: Das Wollen braucht man in Bayern niemandem abzusprechen. Bayern hat Humanität par excellence bewiesen. Wir müssen es aber auch leisten können. Diesen Pragmatismus braucht es. Wenn man mit Ihren Kollegen unter vier Augen redet, merkt man, dass viel Vernunft vorhanden ist; das mag sein. Aber Sie müssen dann auch mal auf Ihren Parteitagen diesen Weg des Pragmatismus durchsetzen. Eine gesteuerte Zuwanderung ist eine gute Zuwanderung. Ihre Politik – ich mache Ihnen persönlich keinen Vorwurf – ist nicht human.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Straub. – Es gibt noch eine zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung, und zwar von Herrn Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Kollege Straub, lieber Karl, du hast gerade gesagt, die CSU muss sich in ihrer Politik bezüglich Asyl nicht korrigieren. Der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder hat sich korrigiert, und zwar am 1. Oktober 2020, nachzulesen im "SPIEGEL". 2018 gab es einen heftigen Asylstreit zwischen Angela Merkel und der CSU. Markus Söder hat damals gesagt, es sei ein Irrglaube gewesen, man könnte Wähler von der AfD zurückholen; das sei eine falsche Strategie gewesen; es sei eine Fehleinschätzung gewesen, die AfD nicht schon früher hart anzugreifen. – Jetzt habt ihr mit ihnen zusammen einen Antrag verabschiedet. Das möchte ich mal an der Stelle festhalten.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ach, ihr auch!)

Karl Straub (CSU): Lieber Florian von Brunn, auch da möchte ich ganz sachlich antworten. Mir wäre es tatsächlich viel lieber, nicht über Migration reden zu müssen. Ich

glaube, die Bevölkerung will auch nicht mehr, dass wir darüber reden, sondern sie will, dass wir die Probleme lösen. Ich bin der festen Überzeugung – da bin ich komplett einer Meinung mit der Bayerischen Staatsregierung –, dass man dieses Thema von der Mitte aus lösen muss.

Aber uns holt einfach die Realität ein. Diese furchtbaren Taten, die passieren, holen uns ein. Deswegen müssen wir diese Debatte immer wieder führen. Fragen Sie doch, gehen Sie doch raus! Fragen Sie doch die vielen Syrer und Afghanen, die zu uns gekommen sind, die inzwischen deutsche Staatsbürger sind und die sich toll verhalten, wie sie sich momentan in Deutschland fühlen. Deswegen ist es unsere Verpflichtung, diese Probleme endlich zu lösen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Straub. – Das Wort hat nun der Abgeordnete Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen! Zum Antrag der SPD: Um einen Antrag wie diesen zu schreiben, der so weit an der Realität vorbeigeht, muss man wirklich zu einer ganz besonderen Spezies, den "Spezialdemokraten", gehören. Warum das so ist, möchte ich Ihnen jetzt gerne erläutern.

Sie fordern "[...] kein Zusammenwirken mit Rechtsextremen!". – Sie schreiben aber nicht, wen Sie damit meinen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie!)

Das ist seit gestern ein bisschen schwierig geworden. Da muss man schon differenzieren. Seit gestern heißt es, dass sich die FDP und die CDU/CSU rechts neben der AfD einsortiert haben. Es gab eine Demo mit der Forderung, die CDU und die CSU zu verbieten. Ja, liebe CSU, Sie sind jetzt wohl auch vermutlich in Teilen rechtsextrem.

(Heiterkeit bei der AfD)

Liebe SPD, wenn Sie Ihre Antifa jetzt auch noch zur vermutlich in Teilen rechtsextremen CSU und zur FDP an den Stand schicken müssen, wird es, glaube ich, langsam ein wenig eng mit dem Demogeld für Ihr bezahltes antidemokratisches Vorfeld. Genau dieses Vorfeld war es auch, welches die AfD-Gedenkveranstaltung in Aschaffenburg störte und welchem vom SPD-Oberbürgermeister Herzing noch im Gedenkgottesdienst für die Verhinderung einer Trauerveranstaltung gedankt wurde. Die Verhinderung von demokratischen Veranstaltungen, offene politische Gewalt auf Straßen, das Verbot von Parteien – all das hatten wir schon einmal. Ihr "Nie wieder" ist Heuchelei.

(Beifall bei der AfD)

Aber wo waren wir? – Richtig, beim CDU/CSU-Verbotsverfahren. Man kommt schon fast in Versuchung, dieser Forderung zuzustimmen; denn die Tatbestände sind offensichtlich. Die Anklagepunkte lauten: Wendehälsigkeit, Diebstahl des AfD-Wahlprogramms und Schwarzfahren auf der blauen Welle.

(Heiterkeit bei der AfD)

Urteil: schuldig in allen Anklagepunkten.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Peinlich! – Michael Hofmann (CSU): Sie machen sich bloß lächerlich!)

Aber ich schweife ab, zurück zu Ihrem Antrag: "Die Menschen erwarten von der Politik Lösungen." – Das stimmt. Genau deshalb werden Sie abgewählt von ihnen.

(Beifall bei der AfD)

"Schuldzuweisungen und Zuständigkeitswirrwarr sind nicht zielführend." – In der Realität stand für die SPD, namentlich Olaf Scholz und Innenministerin Nancy Faeser, sofort fest, dass der Schuldige Innenminister Herrmann ist.

Aus Ihrem Text:

> "Mögliche Vollzugsdefizite müssen unverzüglich aufgeklärt und abgestellt werden. Der Tatverdächtige war trotz Straftaten und psychiatrischer Auffälligkeiten auf freiem Fuß."

Das stimmt, und dass so etwas in Deutschland möglich ist, ist das Versagen einer links-woken Politik, die wie Blei auf diesem Land liegt. Straftäter vergewaltigen hier Mädchen und bleiben auf freiem Fuß. Islamisten dürfen unbehelligt in unser Land eindringen und unsere Polizisten abstechen, und es passiert nichts. Aber wehe, es wagt jemand, einen der Ihren als Schwachkopf zu bezeichnen! Dann wird die Türe eingetreten. Wehe, ein Herr Sarrazin schreibt ein Buch darüber, wie sich Deutschland abschafft, dann zeigen Sie Ihr wahres Gesicht.

(Beifall bei der AfD)

Zurück zu Ihrem Antrag: "Es bedarf einer gründlichen Fehleranalyse, aus der Konsequenzen gezogen werden." – Gerne, das mache ich schnell für Sie. Fehleranalyse: offene Grenzen. Konsequenz: Grenzen dicht und Abflug.

Aus dem SPD-Antrag: "Wer nach Bayern kommt, muss sich an Recht und Gesetz halten [...]." – Obwohl dieser Satz noch weitergeht, muss ich schon wieder unterbrechen; denn er ist falsch. Richtig wäre: Wer illegal nach Bayern kommt, begeht eine Straftat und ist unverzüglich auszuweisen. Wir lassen uns nicht länger auf der Nase herumtanzen und werden direkt an der Grenze abweisen.

Ihre links-woke Politik ist seit gestern beendet. Es gibt wieder Hoffnung für dieses Land, und diese Hoffnung heißt AfD.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte noch kurz auf den CSU-Antrag eingehen. Man muss sagen, den Teil, den Sie von der AfD abgeschrieben haben, finden wir alle richtig gut. In Ihrem Antrag lese

ich aber auch etwas von globalen Konflikten. Bevor Sie globale Konfliktherde lösen wollen, kümmern Sie sich bitte doch erst einmal um Bayern.

Schauen wir uns nur einmal an, was innerhalb eines Monats hier passiert ist. An Silvester griffen bis zu 300 Linksradikale die Polizei an und verletzten mehrere Einsatzkräfte. Das ist das Milieu des Kafe Marat und des Bellevue di Monaco. Diese Einrichtungen geben auch Tipps, wie man Abschiebungen umgeht, und erhalten dafür auch noch Steuergeld. Legen Sie diesen Sumpf trocken!

(Beifall bei der AfD)

Ebenfalls an Silvester kam es erneut zu antisemitischen Ausschreitungen in München. Islamisten griffen mit Feuerwerkskörpern, Böllern und Flaschen die Einsatzkräfte an. Israelische Flaggen sollten verbrannt werden. In Aschaffenburg werden in einem Park am helllichten Tag zwei Menschen abgestochen. In München brannten am Samstag 23 Polizeifahrzeuge; die Täter kommen mit 99-prozentiger Wahrscheinlichkeit aus dem linksextremen Milieu.

Kehren Sie erst einmal vor der eigenen Haustür in Bayern, bevor Sie globale Krisen lösen wollen.

Ihre Antwort auf die Tat von Aschaffenburg ist: Speicherung privater Daten, Deklarierung von Meinungen im Internet, weitere Aufnahmen von Afghanen – welch blanker Hohn –, biometrische Gesichtsabgleiche im Internet, Speicherung von Verkehrsdaten.

Nein, so geht es nicht. Die Lösungen liegen seit zehn Jahren auf dem Tisch. Wenn Sie schon so dreist sind, von der AfD abzuschreiben, dann schreiben Sie bitte richtig und vollständig ab, oder übernehmen Sie doch gleich unser Wahlprogramm; dann sind Sie auf der sicheren Seite. Wir wollen freie Bürger, keinen freien Zuzug. Ein sicheres Bayern und sichere Grenzen gibt es nur mit der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Kollege Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine Bemerkung als Mensch. Es fällt mir tatsächlich schwer, die Tonalität dieser Debatte so mitzutragen angesichts der Tatsache, dass das Kind gestern beerdigt wurde, die Tat frisch ist und, wie ich meine, jeden von uns betroffen macht.

Gerade vor diesem Hintergrund sollten wir uns einmal die Frage stellen – Kollege von Brunn, das finde ich jetzt nicht lustig –: Was empfinden die Eltern, die Angehörigen; was empfinden die Eltern anderer Kinder in Aschaffenburg, in Unterfranken, in Bayern und Deutschland? – Sie empfinden Entsetzen und Trauer, aber auch Unsicherheit. Sie haben Angst, dass sich so etwas wiederholen könnte.

Nein, der Vorfall von Aschaffenburg war nicht der erste dieser Art. Wer erinnert sich noch an Dominik Brunner? Das ist gut 15 Jahre her. Dominik Brunner hat ebenfalls – an einem U-Bahnhof war es –

(Zuruf von den GRÜNEN: S-Bahnhof!)

Kindern beigestanden und wurde von Jugendlichen getötet.

Ich erinnere mich ganz persönlich an einen Vorfall auf einem Volksfest in Kaufbeuren, wo ein Mensch aus Thüringen einen anderen mit bloßer Hand erschlagen hat. – Nein, das gab es schon zu früheren Zeiten.

Was neu ist, ist die Häufung dieser Ereignisse. Das macht Angst und betroffen. Ich werde jetzt nicht Stellung dazu nehmen, ob das, was gestern in Berlin passiert ist, richtig oder falsch war. Ich kann auch nicht beurteilen, ob es andere Möglichkeiten gegeben hätte, einen Konsens demokratischer Parteien herbeizuführen. Aber eines sollte schon klar sein: Die Menschen, die Angst haben, erwarten, dass wir handeln. Als

Parlamentarier ist unser Instrumentarium, Anträge zu stellen. Deswegen ist es per se richtig, auf solche Ereignisse angemessen zu reagieren.

Wenn wir jetzt die Debatte darüber führen – Brandmauer hin oder her –, sage ich: In allererster Linie ist es wichtig, dass der Staat handelt und den Menschen wieder Sicherheit gibt, dass sie in diesem Land keine Angst davor haben müssen, auf die Straße zu gehen, einen Weihnachtsmarkt, ein Volksfest oder sonstige Menschenansammlungen zu besuchen. Deswegen haben wir mit diesem Dringlichkeitsantrag reagiert.

Ich finde es auch nicht angemessen, hier vorschnell irgendwelche Schuldzuweisungen in die Welt zu setzen. Wir sollten fragen: Was hat wer in der Vergangenheit politisch getan? Wie hat wer politisch die Situation eingeschätzt? Kollegin Schulze, ich nehme Ihnen Ihre Betroffenheit zu einhundert Prozent ab, darf Sie aber an unsere erste gemeinsame Sitzung im Innenausschuss des Bayerischen Landtags im Jahre 2013 erinnern. Da haben wir über die Frage der Inneren Sicherheit debattiert, und da waren Sie sehr zurückhaltend, was die Befugnisse für Polizei und Sicherheitskräfte angeht. Ich kritisiere das nicht; ich gebe das nur zu bedenken. Ich gebe auch zu bedenken: Wenn man anderen undemokratische Gesinnung vorwirft, weil sie angeblich eine Brandmauer einreißen, aber keinerlei Brandmauer nach links hat, dann stellt sich schon auch die Frage: Wie glaubwürdig ist das?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Danke für den Antrag der Regierungsfraktionen. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident, Hohes Haus! Wir alle sind nach wie vor von dem

schrecklichen Mord am Mittwoch letzter Woche in Aschaffenburg tief betroffen. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, dem kleinen Jungen marokkanischer Abstammung und dem Mann aus Aschaffenburg, der zu Hilfe kommen wollte und seinen mutigen Einsatz mit dem Leben bezahlt hat. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen dieser Opfer. Ihnen gilt unser Mitgefühl. Wir wollen alles dafür tun, die Hinterbliebenen, die Angehörigen bestmöglich zu unterstützen.

Ich sage an dieser Stelle vor allem auch den mutigen Mitbürgern, die sich dem Täter entgegenstellten, ihn verfolgten und dadurch noch Schlimmeres verhindern halfen, ein herzliches Dankeschön. Es ist großartig, was wir, so schlimm dieser Mord auch war, an Zivilcourage erleben durften. Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich habe gestern dem Innenausschuss ausführlich berichtet. Ich brauche das – das wurde ja protokolliert – hier nicht alles zu wiederholen.

Klar ist, dass wir alle Abläufe sorgfältig prüfen, analysieren und gegebenenfalls natürlich daraus auch Folgerungen für die Zukunft ziehen. Darüber werden wir zu gegebener Zeit, sicherlich zumindest im Innenausschuss, weiter berichten. Wir werden daran konsequent arbeiten. Bayern ist nämlich in der Vergangenheit nur deshalb das sicherste Land in Deutschland geworden, weil wir uns mit keinem Verbrechen in unserem Land einfach abfinden, sondern immer prüfen, was wir in Zukunft noch besser machen müssen. Dabei ist klar: Niemand kann 100-prozentige Sicherheit garantieren. Wir werden aber weiter gemeinsam alles dafür tun, bestmögliche Sicherheit für die Menschen in Bayern zu erreichen. Dabei bleibt es, und das gilt auch weiterhin. Wir sind das sicherste Land in Deutschland, und wir werden, wie gesagt, alles dafür tun, dass dies auch weiterhin gilt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich will nur in kurzen Worten darauf hinweisen: Dazu gehört – und dafür möchte ich mich beim Hohen Haus heute noch einmal herzlich bedanken –, dass wir über die letzten 10, 15 Jahre für Polizei und Verfassungsschutz einen Stellenaufwuchs wie in keinem anderen Bundesland erhalten haben, dass wir mit aktuell 45.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und entsprechenden Stellen einen neuen Rekord haben. Angesichts der großen Herausforderung, über die gerade heute diskutiert wird, brauchen wir das auch dringend. Auf anderen Ebenen, in anderen Ländern ist ein Stellenaufwuchs nicht in diesem Ausmaß erfolgt. Ein solcher Stellenaufwuchs ist wichtig und richtig. Er ist die Grundvoraussetzung dafür, dass wir weiter gut für die Sicherheit der Menschen arbeiten können. Vielen Dank all denen, die in den letzten Jahren an der starken Personalausstattung mitgewirkt haben!

Ich darf daran erinnern, dass sich zum Beispiel bei dem Anschlag auf das Israelische Generalkonsulat am 5. September genau diese personelle Aufstellung und auch die bessere Ausstattung, die bessere Bewaffnung hervorragend bewährt haben. Dadurch konnte am 5. September der Täter rechtzeitig gestoppt werden.

Ja, wir reden zu Recht darüber: Ist da etwas nicht optimal gelaufen? Was lernen wir daraus? Ich mache aber auch keinen Hehl daraus, dass ich der Meinung bin, dass man mit der Art und Weise, wie insbesondere der Bundeskanzler seit Donnerstag diese Diskussion befeuert hat, den Sachthemen und auch der Lösung von echten Problemen keinen Gefallen tut. Ich will auch ausdrücklich darauf hinweisen: Er hat diese Diskussion mit der Frage nach Defiziten eröffnet, die es aus seiner Sicht irgendwo gegeben hat.

Da in der medialen Berichterstattung manches immer wieder durcheinandergeworfen wird, will ich darauf hinweisen: Ich habe bei meinem Besuch am Tatort am späten Nachmittag des Mittwochs keine Silbe über irgendwelche derartigen Zusammenhänge geäußert – keine Silbe –, sondern sachlich über den Erkenntnisstand und dergleichen informiert.Ich kann bei dem, was bislang vorliegt, an dieser Stelle zu der Frage, was den Täter anbetrifft, nur sagen – und ich habe das ja gestern auch im Ausschuss an-

gesprochen –: Es gibt die erste Zeitphase mit dem sogenannten Dublin-Verfahren und mit der Frage der Rücküberstellung nach Bulgarien. Hierzu hat der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gestern im Innenausschuss des Deutschen Bundestages noch einmal klar erklärt, dass aus seiner Sicht diese zeitliche Verzögerung, die zu späte Information der bayerischen Behörden über die Rücküberstellungsmöglichkeit, in der Tat eindeutig ein Versäumnis seines Amtes, seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, und hat auf die starke Überlastung seiner Behörden zu diesem Zeitpunkt hingewiesen. – Wir reden jetzt wohlgemerkt vom Frühjahr 2023. Es ist auch ansonsten vom Bundesinnenministerium nichts Gegenteiliges dazu erklärt worden.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Das ist der Sachstand dazu, und ich wäre jetzt schon dankbar – – Ich will jetzt nicht auf alle Einzelheiten eingehen, aber, Herr Kollege von Brunn, Sie waren gestern ja zumindest zeitweilig bei der Sitzung dabei. Das ist alles feinsäuberlich erklärt worden. Sie haben in Ihrer Zwischenbemerkung vorhin davon gesprochen, dass der Täter doch dreimal in psychiatrischer Behandlung war. Da reden wir dann von dem Zeitraum ab Sommer 2024. Ab Sommer 2024! Und dann fragen Sie hier, warum das BAMF darüber nicht schneller informiert worden ist. Da war dieses Dublin-Verfahren längst abgeschlossen. Das BAMF hatte erklärt, dass es jetzt für das nationale Verfahren zuständig ist, und hat sich dann mit diesem nationalen Verfahren beschäftigt. Damit war aber schon klar: Ab dem Zeitpunkt – wenn Sie darüber sprechen, Herr von Brunn, wissen Sie das genau – geht es nur noch um die Abschiebung nach Afghanistan nach einem Abschluss des Verfahrens. Und damit sind wir genau bei diesem Punkt.

Da stellt sich dann schon eine Frage, wenn der Herr Bundeskanzler so großmächtig daherredet. Der Herr Bundeskanzler höchstpersönlich war es, der nach dem schrecklichen Mord an dem Polizeikollegen in Mannheim öffentlich erklärt hat, dass jetzt endlich wieder kräftig nach Afghanistan und Syrien abgeschoben werden muss, weil es unerträglich ist, dass solche Leute, nachdem sie hier Zuflucht in Deutschland gesucht haben, überhaupt solche schlimmen Taten begehen und sich dann noch hier aufhal-

ten; solche Leute müssen dringend wieder nach Afghanistan und Syrien überstellt bzw. ausgewiesen, abgeschoben werden. – So der Bundeskanzler im Juni 2024. Das ist überall in Deutschland hinreichend zur Kenntnis genommen worden. Er hat verkündet, dass das Bundesinnenministerium den Auftrag hat. Ich brauche das nicht in allen Einzelheiten darzulegen. Sie wissen das alle.

Seither hat es einen einzigen Abschiebeflug gegeben, Ende August 2024, einen einzigen, bei dem Bayern drei oder vier Personen zustellen durfte, die abgeschoben wurden. Es gibt von allen Bundesländern Meldungen von zig weiteren Personen aus Afghanistan, die dringend abgeschoben werden müssten. Der Herr Bundeskanzler spricht von Handlungsdefizit, von Verwaltungsdefizit und dergleichen: Es ist bis heute kein zweiter Flug nach Afghanistan durchgeführt worden. Es war nicht möglich, lieber Herr von Brunn, auch nur einen einzigen weiteren Afghanen aus Bayern abzuschieben. Sie wissen das ganz genau und stellen hier so dumme Zwischenfragen!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Ich sage noch einmal, auch an die Adresse der Bundesregierung: Soweit mir das bekannt ist, ist es gegenwärtig immer noch die offizielle Linie der Bundesregierung, dass sie einen unmittelbaren regierungsamtlichen Kontakt mit den Taliban in Afghanistan ablehnt. Ich habe gestern schon im Ausschuss die Frage angesprochen, dass die Bundesregierung auch im vergangenen Jahr Gelder für intensive Maßnahmen zur Verfügung gestellt hat, für Entwicklungshilfe und Wiederaufbau in Afghanistan. Das will ich überhaupt nicht kritisieren. Aber auf den Hinweis, wie man dann zu der Taliban-Regierung steht, wurde vonseiten der GRÜNEN darauf hingewiesen, dass dieses Geld ja der UNO übergeben wird und die UNO das Geld nach Afghanistan bringt.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): So ein Quatsch! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben es doch gesagt! Wahnsinn! – Weitere Zurufe von der CSU)

Entschuldigung, ich sage noch mal ausdrücklich, dass ich es durchaus okay finde, wenn wir beim Wiederaufbau von Afghanistan helfen. Aber was ich nach wie vor nicht verstehen kann – und das gilt im Übrigen auch für eine ganze Reihe von afrikanischen Ländern –: Ich kann nicht verstehen, dass wir deutsche Steuergelder zum Wiederaufbau oder zur Entwicklungshilfe in Afrika zur Verfügung stellen und nicht bereit sind, mit den Ländern, um die es da geht, jeweils auch darüber zu reden, dass sie ihre Staatsbürger wieder in ihr Land zurücknehmen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

– Ist das jetzt eine Zwischenbemerkung?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Demirel?

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Na freilich.

(Allgemeine Heiterkeit)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Demirel, Ihre Zwischenbemerkungen sind bereits aufgebraucht. Aber eine Zwischenfrage dürfen Sie immer stellen.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben auf den Ausschuss gestern hingewiesen. Das Zitat war wirklich – – Sie haben kabarettistische Stärken – das haben Sie auch gestern im Ausschuss bewiesen –,

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

wenn Sie mich so zitieren.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Unverschämtheit! – Michael Hofmann (CSU): Das ist keine Zwischenfrage!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte stellen Sie Ihre Frage.

(Michael Hofmann (CSU): Die kapiert nicht, was Sache ist!)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Meine Frage ist: Habe ich – –

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Unter aller Kritik, die ich von den GRÜNEN schon bekommen habe, ist mir der Vorwurf des Kabarettismus noch nicht begegnet!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte keine Dialoge! Nun Ihre Frage, Frau Demirel.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Meine Frage ist: Habe ich gesagt, dass das Geld an die UNO geht und die UNO das Geld nach Afghanistan trägt? Oder habe ich gesagt, die UNO als humanitäre Institution finanziert in solchen Fällen damit zivile Projekte der NGOs?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): In Afghanistan!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich habe das aber in der Tat so verstanden, dass es sich um Projekte in Afghanistan handelt. Oder soll ich diese Frage jetzt so verstehen, dass die NGOs es irgendwo anders hinbringen? Der Sinn Ihrer Aussage kann doch wohl nur gewesen sein, dass die NGOs das Geld in Projekte nach Afghanistan bringen.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Aber das Geld bekommen nicht die Taliban.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte keinen Dialog! Herr Staatsminister, setzen Sie Ihre Rede bitte fort.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich kann Ihnen nur sagen, Frau Kollegin, dass selbst die Österreicher jetzt offizielle Delegationen nach Kabul schicken, um mit den dortigen Leuten darüber zu verhandeln, wie man Af-

ghanen aus Österreich nach Afghanistan abschieben könnte und unter welchen Bedingungen Kabul dazu bereit ist. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn das – – Entschuldigung, ich bin ja offen dafür, lieber Herr von Brunn, wenn der Herr Bundeskanzler einen anderen Weg aufzeigt. Er wird nicht mehr lange Bundeskanzler sein. Aber solche Versprechungen zu machen und dann über Verwaltungsdefizite in Bayern zu reden und selber nichts – nichts! – auf den Weg zu bringen, das fördert unser Land nicht für die Zukunft.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will der Vollständigkeit halber darauf hinweisen, dass es richtig ist, dass in dem vorliegenden Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN auch auf viele andere Sicherheitsthemen hingewiesen wird, die alle von großer Relevanz sind. Da geht es zum Beispiel darum, dass wir unseren Sicherheitsbehörden die notwendigen Befugnisse geben müssen, bei biometrischer Gesichtserkennung vorankommen müssen, einzelfallbezogene verfahrensübergreifende automatisierte Recherchen brauchen, auch auf Bundesebene, und dass wir die Verkehrsdatenspeicherung brauchen in dem Umfang, wie der Europäische Gerichtshof sie längst zugelassen hat. In diesem Fall ist die SPD ausgenommen; an ihr liegt es nicht. Aber es ist bisher an den GRÜNEN und der FDP auf Bundesebene gescheitert. Das sind alles Dinge, die zur Sicherheit der Menschen in unserem Land dringend notwendig sind und wo wir Fortschritte erzielen müssen.

Wir haben vonseiten der Staatsregierung ein umfassendes Paket mit insgesamt 21 Punkten in zwei Antragspaketen im Bundesrat eingebracht. Da in Teilen Ihrer Anträge gefordert wird, es müssten mal konkrete Konzepte vorgelegt werden, sage ich Ihnen: Schauen Sie sich die beiden umfangreichen Anträge zum Bundesrat an, die die Staatsregierung vorgestern beschlossen hat. Es sind 21 konkrete Punkte, um einerseits illegale Migration zu verhindern und um andererseits Rückführungen von Personen, die nicht hierbleiben dürfen, zu verstärken und gleichzeitig mehr für die Sicherheit der Menschen in unserem Land zu tun. Wir haben geliefert. Jetzt geht es darum, dass das auf Bundesebene auch umgesetzt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich sage ich Ihnen: Da gibt es in der Tat von gestern dieses Fünf-Punkte-Papier im Deutschen Bundestag. Ich kann diese Art der aufgeregten Diskussion hier nicht recht verstehen. Ich verfolge so manchen Journalistenkommentar gestern und heute Nacht im Fernsehen; da läuft es in einigen geistreichen Kommentaren darauf hinaus: Wahrscheinlich hätten vier von den fünf Punkten durchaus selbst die GRÜNEN zustimmen können. Aber ein Punkt ist denen nicht zumutbar.

Ich kann, wenn Sie bei solchen Themen eine derartige Diskussion über Brandmauern und dergleichen vom Zaun brechen, meine Damen und Herren, nur sagen: Es kann nicht der Gegenstand eines modernen Parlamentarismus sein, dass die große Fraktion von CDU und CSU erst die GRÜNEN fragt, welche Punkte sie denn beantragen darf, weil sie denen zustimmen, die wären dann okay, und der eine Punkt, der bei den GRÜNEN nicht Wohlgefallen findet, darf dann gar nicht zur Abstimmung im Bundestag gestellt werden. Das ist doch wohl völlig absurd und hat auch nichts mit einem freien, modernen Parlament zu tun!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will allerdings dazu, was mit diesem wunderschönen Begriff der "Brandmauer" verbunden wird, schon auch deutlich sagen, gerade weil heute der 30. Januar ist: Vor 92 Jahren hat am 30. Januar Reichspräsident Hindenburg den größten Fehler seines Lebens begangen und Adolf Hitler zum Reichskanzler berufen. So etwas darf sich nie mehr wiederholen. Rechtsextremisten haben in der Regierung Deutschlands nichts zu suchen,

(Zuruf von der AfD: Aber Linksextremisten!)

das darf nie wieder vorkommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann Ihnen nur sagen: Es gehört zu den von mir beschriebenen Aufgabenbereichen unserer Sicherheitsbehörden, dass der Verfassungsschutz zurzeit auf Landes- wie auf Bundesebene prüft, in welchem Umfang Mitglieder und Funktionsträger der AfD verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Verwaltungsgerichte in Bayern haben bereits bestätigt, dass es rechtmäßig ist, dass der Verfassungsschutz die dafür notwendige Beobachtung zurzeit intensiv wahrnimmt; das wird er auch weiter tun, bis er entsprechende Ergebnisse vorlegen kann. Für mich ist jedenfalls klar, dass jede Zusammenarbeit mit einer solchen Partei sich für alle überzeugten Demokraten von selbst verbietet und weiterhin in unserem Land nicht stattfinden wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist die klare Position dieser Koalition. Dafür werden wir uns auch weiter einsetzen. Ich wäre allerdings dankbar, wenn wir überall intensiv darangehen, in den entscheidenden Fragen eine bestmögliche Kooperation aller demokratischen Parteien für die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Es ist nicht okay – das sage ich ganz bewusst an die Adresse der SPD und der GRÜNEN –, wenn diese Frage, wer mit wem zusammenarbeitet, von Ihrer Seite jeweils mit einem beliebigen parteipolitischen Kalkül betrieben wird. Es gibt nicht nur Rechtsextremismus in unserem Land. Wir erleben, wie zurzeit von linksextremer Seite wieder mobilisiert wird.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir sollten darüber reden. Darum geht es auch bei der bevorstehenden Bundestagswahl. Es geht um inhaltliche Konzepte und die Frage, wer welche inhaltlichen Angebote und Zielsetzungen für die Zukunft eines Landes hat. Da erlaube ich mir immer noch, auch wenn das aus bayerischer Sicht eher eine Nebensächlichkeit ist, beispielsweise zu sagen: Die SPD hat zum Beispiel nach der letzten Bürgerschaftswahl in Bremen ohne Hemmungen erklärt, sie habe freie Auswahl zwischen CDU und Linkspartei. Dieses Bundesland hat die höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer, dort gibt es den Spitzenwert an Kriminalität, und dort sind die Probleme wirklich noch von einer

völlig anderen Art, als wir sie in Bayern haben. Die SPD hat aus freiem Willen erklärt: Wir arbeiten lieber mit der Linkspartei zusammen, als mit der CDU eine starke, handlungsfähige Regierung zu bilden, das ist unser freier Wille! – Ich kann dem nicht folgen, meine Damen und Herren! Aber den Menschen muss jetzt vor der Bundestagswahl klar gesagt werden, wie Ihre inhaltliche Positionierung eigentlich aussieht, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb kann ich nur noch mal unterstreichen, was in dieser Debatte schon mehrfach angesprochen worden ist: Alle Meinungsumfragen belegen: Die Mehrheit der Menschen in unserem Land will eine Änderung der Migrationspolitik. Es geht nicht darum, welche Partei das am lautesten schreit, sondern es geht darum: Die Mehrheit der Menschen in unserem Land will es so.

Keine Partei ist nach der Verfassung gezwungen, die Meinung der Mehrheit der Menschen in unserem Land zu vertreten, gar keine Frage. Aber darüber müssen wir reden. Darum geht es am Tag der Bundestagswahl: Was will die Mehrheit der Menschen in unserem Land?

Wir sagen unsererseits klar, dass wir eine Änderung der Migrationspolitik herbeiführen, weil ganz offensichtlich die Art der Migrationspolitik gerade in den letzten Jahren zu einer für viele Bürgerinnen und Bürger und auch für viele Kommunen in unserem Land nicht mehr zumutbaren Situation geführt hat. Viele sind überfordert, ob es eine Behörde, eine Kommune oder da und dort auch viele Menschen selbst in unserem Land betrifft. Dazu brauchen wir eine rechtmäßige Änderung. Da erleben wir, dass inzwischen zum Beispiel Polen sagt, es könne aus Sicherheitsgründen das geltende EU-Asylrecht so nicht mehr anwenden, und sich auf den entsprechenden Paragrafen aus dem Vertrag von Lissabon beruft. Inzwischen gibt es mehrere andere europäische Länder, die das auch tun.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir berufen uns auf das, was seit 1992 im deutschen Grundgesetz steht. Wenn wir nach dem deutschen Grundgesetz handeln und sagen, aufgrund dieser Situation unseres Landes müssen wir bis auf Weiteres von europäischem Recht abweichen unter Berufung auf die entsprechende Klausel im Vertrag von Lissabon, dann ist das ein rechtmäßiges Handeln, meine Damen und Herren. Davon bin ich als Innen- und Verfassungsminister überzeugt. Deshalb ist das richtig, wenn wir dieses Konzept für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zur Abstimmung stellen. Dafür werden wir weiter kämpfen. – Vielen Dank für die Unterstützung.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Prof Dr. Ingo Hahn für die AfD-Fraktion vor.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Werter Herr Innenminister Joachim Herrmann von der CSU, Sie sind sicherlich ein verdienter Mann und haben im Laufe Ihres Lebens viel geleistet. Trotzdem sind Sie als Innenminister hauptverantwortlich für die erodierende Sicherheit im Freistaat Bayern,

(Lachen bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): So ein Quatsch! Märchenstunde mit Ingo!)

für die Morde, die wir in Würzburg miterleben mussten, und für die Bluttaten, die wir in Aschaffenburg miterleben mussten. Mir tut es ein bisschen leid, wenn ich Sie mit dem Sprechzettel in zitternder Hand in Aschaffenburg sehe, wie Sie den Angehörigen der Opfer das erklären müssen.

(Michael Hofmann (CSU): So eine Heuchelei!)

Das tut mir tatsächlich schon ein bisschen leid. Deshalb: Erkennen Sie die Zeichen der Zeit, bevor es andere tun!

Meine Frage, die durchaus etwas persönlich ist, wäre: Was fühlen Sie als verantwortlicher Minister, der weniger als 10 % der Ausreisepflichtigen abgeschoben hat? Abschiebung ist Landessache. Meine persönliche Frage ist: Können Sie nachts einschlafen, wenn Sie das Gesicht des kleinen Yannis vor sich sehen?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist widerlich! – Michael Hofmann (CSU): Laienschauspieler! – Weitere Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Hohes Haus, eigentlich erübrigt sich bei einer derartig stillosen Frage eine vernünftige Antwort.

(Michael Hofmann (CSU): Charakterlos! – Zuruf von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Trotzdem mache ich keinen Hehl daraus, dass mich diese Tat vom letzten Mittwoch auch persönlich tief betroffen gemacht hat. Es ist nach wie vor keine Routine, wenn ich mich an einen solchen Tatort begebe, mit Betroffenen oder mit Einsatzkräften rede. Es handelt sich auch nicht um irgendeinen Termin. Ich schäme mich auch nicht dafür, dass man mir das anmerkt, dass ich betroffen bin.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Warum auch, das ist menschlich!)

Ich versuche, mit den Menschen dort zu fühlen. Ich glaube, dass das richtig ist. Das ändert aber nichts daran, dass wir natürlich eine politische Verantwortung haben, die richtige Entscheidung zu treffen und richtig und konsequent weiter voranzugehen.

Mich machen solche Taten sehr betroffen. Ich bin auch nicht bereit, mich daran zu gewöhnen. Es ist die Stärke Bayerns, dass wir uns insgesamt nicht an so etwas gewöhnen.

Gerade deshalb – das habe ich eingangs versucht darzustellen –, weil wir uns nie daran gewöhnen, sondern einerseits betroffen sind und uns andererseits im positiven

Sinne über solche Geschehnisse aufregen, wollen wir weiterhin gemeinsam alles dafür tun, dass das eben nicht Alltag wird und dass sich derartige Vorfälle nicht häufen. Ich bleibe bei der Gesamtbetrachtung: Es ist über das ganze Jahr hinweg gesehen so, dass Bayern das sicherste aller Bundesländer ist. Wir wollen weiter dafür kämpfen. Ich kann keine hundertprozentige Sicherheit garantieren. Ich kann nicht ausschließen, dass morgen wieder irgendetwas Fürchterliches geschieht. Aber in der Gesamtbetrachtung eines Jahres erreichen wir, dass wir das sicherste aller Bundesländer sind. Daran wollen wir mit aller Kraft und im Interesse der Menschen in unserem Land weiter arbeiten.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/4724. Die namentliche Abstimmung findet in elektronischer Form statt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:14 bis 16:17 Uhr)

Hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird nun außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/4725. Die namentliche Abstimmung findet in elektronischer Form statt. Die Abstimmungszeit beträgt dieses Mal zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:18 bis 16:20 Uhr)

Hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimmen abzugeben? – Das scheint der Fall zu sein. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird nun außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

Damit kommen wir nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/4726. Auch diese wird in elektronischer Form durchgeführt. Die Abstimmungszeit beträgt wiederum zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:20 bis 16:22 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird wiederum außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

Damit kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/4727. Die namentliche Abstimmung wird in elektronischer Form durchgeführt. Die Abstimmungszeit beträgt erneut zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:23 bis 16:25 Uhr)

Hat die Abstimmung bei allen Abgeordneten technisch funktioniert? – Das scheint der Fall zu sein. Damit schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis wird ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/4728 mit 19/4729 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

(Unruhe)

Sie können Ihre Plätze wieder einnehmen und ein bisschen zur Ruhe kommen.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe nun die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu den Dringlichkeitsanträgen zu den Konsequenzen aus Aschaffenburg bekannt. Da ist zunächst der Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Umfassende Aufklärung der Tat in Aschaffenburg und Konsequenzen für die Sicherheitspolitik", Drucksache 19/4724. Mit Ja haben 29, mit Nein 133 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sicherheit für Bayerns Bevölkerung" bekannt, Drucksache 19/4725. Mit Ja haben 41, mit Nein 119 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Nun komme ich zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Bayern trauert um ein kleines Kind und einen mutigen Helfer – Aufklärung und Konsequenzen aus der furchtbaren Gewalttat in Aschaffenburg, kein Zusammenwirken mit Rechtsextremen!", Drucksache 19/4726. Mit Ja haben 16, mit Nein 117 Abgeordnete gestimmt. Es gab 25 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER betreffend "Zeitenwende in der Inneren Sicherheit", Drucksache 19/4727, bekannt. Mit Ja haben 90, mit Nein 46 Abgeordnete

gestimmt. Es gab 24 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.01.2025 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion AfD; Umfassende Aufklärung der Tat in Aschaffenburg und Konsequenzen für die Sicherheitspolitik (Drucksache 19/4724)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter			
Arnold Horst		X	
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar	X		
Bäumler Nicole		X	
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg	X		
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes		X	
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz	X		
Bernreiter Christian		X	
Birzele Andreas			
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian		X	
Dr. **Brunnhuber** Martin			
Dr. **Büchler** Markus		X	
Celina Kerstin			
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren		X	
Dierkes Rene	X		
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen			
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina		X	
Feichtmeier Christiane		X	
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten			
Friedl Patrick		X	
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert			
Gerlach Judith		X	
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Goller Mia			
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard	X		
Grießhammer Holger		X	
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Halemba Daniel	X		
Hanna-Krahl Andreas		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Hierneis Christian		X	
Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel			
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald	X		
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner			
Schmid Franz	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona	X		
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus			
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin			
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. **Weigand** Sabine		X	
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	29	133	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.01.2025 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Sicherheit für Bayerns Bevölkerung (Drucksache 19/4725)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter			
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes	X		
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian		X	
Birzele Andreas			
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Celina Kerstin			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen			
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten			
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Goller Mia			
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger	X		
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Hierneis Christian	X		
Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel			
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus			
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter			
Wagle Martin			
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	41	119	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.01.2025 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Markus Rinderspacher u. a. und Fraktion SPD; Bayern trauert um ein kleines Kind und einen mutigen Helfer - Aufklärung und Konsequenzen aus der furchtbaren Gewalttat in Aschaffenburg, kein Zusammenwirken mit Rechtsextremen! (Drucksache 19/4726)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin			X
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter			
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes			X
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian		X	
Birzele Andreas			
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal			X
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin			
Dr. **Büchler** Markus			X
Celina Kerstin			
Deisenhofer Maximilian			X
Demirel Gülseren			X
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander			
Dietz Leo			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen			
Dr. **Ebner** Stefan			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten			
Friedl Patrick			X
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			X
Füracker Albert			
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Goller Mia			
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger	X		
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas			X
Hartmann Ludwig			X
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Hierneis Christian			X
Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel			
Köhler Claudia			X
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			X
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim			X
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			X
Schulze Katharina			X
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Siekmann Florian			X
Singer Ulrich		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			X
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus			
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			X
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin			
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura			X
Dr. **Weigand** Sabine			X
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	16	117	25

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.01.2025 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Zeitenwende in der Inneren Sicherheit (Drucksache 19/4727)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin			X
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter			
Arnold Horst		X	
Artmann Daniel	X		
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole		X	
Bauer Volker	X		
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Becher Johannes			X
Beck Tobias	X		
Becker Barbara	X		
Dr. **Behr** Andrea	X		
Behringer Martin	X		
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian	X		
Birzele Andreas			
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian	X		
Bozoglu Cemal			X
Brannekämper Robert	X		
von **Brunn** Florian		X	
Dr. **Brunnhuber** Martin			
Dr. **Büchler** Markus			X
Celina Kerstin			
Deisenhofer Maximilian			X
Demirel Gülseren			X
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc	X		
Dr. **Dietrich** Alexander	X		
Dietz Leo			
Dorow Alex	X		
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen			
Dr. **Ebner** Stefan	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg			
Enders Susann	X		
Fackler Wolfgang	X		
Fehlner Martina		X	
Feichtmeier Christiane		X	
Flierl Alexander	X		
Freller Karl	X		
Freudenberger Thorsten			
Friedl Patrick			X
Friesinger Sebastian	X		
Frühbeißer Stefan	X		
Fuchs Barbara			X
Füracker Albert			
Gerlach Judith			
Gießübel Martina	X		
Glauber Thorsten			
Goller Mia			
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger		X	
Grob Alfred	X		
Groß Johann	X		
Gross Sabine			
Grossmann Patrick	X		
Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar		X	
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas		X	
Hartmann Ludwig			X
Hauber Wolfgang	X		
Heinisch Bernhard	X		
Heisl Josef	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Hierneis Christian			X
Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander			
Holetschek Klaus	X		
Holz Thomas	X		
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Jakob Marina			
Jungbauer Björn	X		
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela	X		
Kaufmann Andreas	X		
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel			
Köhler Claudia			X
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen	X		
Koller Michael	X		
Konrad Joachim	X		
Kraus Nikolaus			
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne			X
Lausch Josef	X		
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian	X		
Lipp Oskar		X	
Locke Felix	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin	X		
Müller Johann		X	
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike	X		
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter	X		
Dr. **Oetzinger** Stephan	X		
Osgyan Verena			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim			X
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pirner Thomas	X		
Pohl Bernhard	X		
Post Julia			
Preidl Julian	X		
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias	X		
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton	X		
Roon Elena		X	
Saller Markus	X		
Schack Jenny	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Martin	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut	X		
Schnürer Sascha	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			X
Schulze Katharina			X
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seidenath Bernhard			
Siekmann Florian			X
Singer Ulrich		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			X
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner	X		
Stock Martin	X		
Stolz Anna	X		
Storm Ramona		X	
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Striedl Markus			
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter	X		
Toso Roswitha	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele			X
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter	X		
Wagle Martin			
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan	X		
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura			X
Dr. **Weigand** Sabine			X
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta	X		
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			
Freiherr von **Zobel** Felix	X		
Zöller Thomas	X		
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	90	46	24